

Allgemeine Einkaufsbedingungen der Argo AI GmbH

Teil 1: Allgemeine Bestimmungen für alle Vertragsarten

1. Anwendungsbereich, Vertragsschluss

- 1.1 Die nachstehenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AEB) der Argo AI GmbH (AUFTRAGGEBERIN) gelten für sämtliche, auch künftige, Bestellungen der AUFTRAGGEBERIN sowie für alle, auch künftige, Angebote, Lieferungen und Leistungen ihrer Geschäftspartner, Auftragnehmer und Lieferanten (AUFTRAGNEHMERIN).
- 1.2 Die AEB gelten nur, wenn die AUFTRAGNEHMERIN Unternehmerin im Sinne des § 14 BGB, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
- 1.3 Diese AEB haben ausschließliche Geltung, entgegenstehenden Bedingungen wird hiermit ausdrücklich widersprochen. Eine Auftragserteilung der AUFTRAGGEBERIN erfolgt unter der Bedingung, dass etwaige Geschäftsbedingungen der AUFTRAGNEHMERIN nicht Bestandteil des Vertrages werden. Der AUFTRAGNEHMERIN obliegt es, Änderungen ausdrücklich zu verhandeln und über individuelle schriftliche Vereinbarungen in den Vertrag aufzunehmen. Sollte die AUFTRAGNEHMERIN beim Vertragsschluss dennoch eigene Vertragsbedingungen einbeziehen, kommt der Vertrag zunächst nicht zu Stande. Soweit die AUFTRAGNEHMERIN gleichwohl mit der Ausführung des Vertrages beginnt, stimmt sie dadurch einem Vertragsschluss unter Abgeltung ihrer Geschäftsbedingungen zu. Soweit sie dieser Vertragsanpassung widerspricht, haftet sie der AUFTRAGGEBERIN für den Schaden, der dadurch entsteht, dass die AUFTRAGGEBERIN auf den wirksamen Abschluss des Vertrages auf alleiniger Grundlage der Bedingungen der AUFTRAGGEBERIN vertraut hat. Die AUFTRAGGEBERIN kann bei einem Widerspruch jedoch erklären, dass sie der Geltung des Vertrages unter Einbeziehung beider Geschäftsbedingungen zustimmt.
- 1.4 Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in der einzelvertraglichen Regelung oder in diesen AEB nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

2. Lieferverzug

- 2.1 Die von der AUFTRAGGEBERIN in der Bestellung angegebene Lieferzeit (Liefertermin oder -frist sowie ggf. Meilensteine) ist bindend. Ist diese nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart, beträgt sie acht Wochen ab Vertragsschluss.
- 2.2 Die AUFTRAGNEHMERIN ist verpflichtet, die AUFTRAGGEBERIN unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, sobald absehbar ist, dass Lieferzeiten - gleich aus welchen Gründen - voraussichtlich nicht eingehalten werden können. Sie wird dabei Maßnahmen vorschlagen, wie eine Absicherung der Termine erfolgen kann, wobei diese Mitteilung die AUFTRAGNEHMERIN nicht von ihrer Verpflichtung auf Einhaltung der Termine entbindet. Unterbleibt die Mitteilung, so hat die AUFTRAGNEHMERIN die Fristversäumnis unabhängig von der Ursache zu vertreten.
- 2.3 Mit Ablauf des letzten Tages der Lieferzeit kommt die AUFTRAGNEHMERIN in Verzug, ohne dass es hierfür einer Mahnung der AUFTRAGGEBERIN bedarf. In diesem Fall oder bei Nichtlieferung stehen der AUFTRAGGEBERIN uneingeschränkt die vertraglichen und gesetzlichen Ansprüche zu.
- 2.4 Ist die AUFTRAGNEHMERIN in Verzug, kann die AUFTRAGGEBERIN zusätzlich eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,25 % des Nettoauftragswerts pro Werktag der Terminüberschreitung verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des Nettoauftragswertes. Die Vertragsstrafe ist auf einen ggf. von der AUFTRAGNEHMERIN zu ersetzenden Verzugsschaden anzurechnen und lässt weitere Ansprüche unberührt.

3. Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

- 3.1 Die Lieferung erfolgt an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist ein Lieferort nicht vereinbart, so entspricht dieser dem Erfüllungsort nach diesen AEB (Bringschuld). Die AUFTRAGNEHMERIN ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung der AUFTRAGGEBERIN nicht zu Teillieferungen berechtigt.

- 3.2 Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Bestellung geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf die AUFTRAGGEBERIN über.
- 3.3 Soweit eine Abnahme oder Übergabeproofung nicht vereinbart ist und die AUFTRAGGEBERIN nach dem Gesetz eine Pflicht zur Untersuchung und Mängelrüge trifft, gilt eine solche als rechtzeitig, wenn die AUFTRAGGEBERIN bei offen erkennbaren Mängeln innerhalb von zwei Tagen und bei verdeckten Mängeln innerhalb von zwei Wochen rügt. Bei offenkundigen Mängeln läuft diese Frist ab Lieferung / Übergabe, bei sonstigen Mängeln ab Entdeckung.
- 3.4 Für den Eintritt des Annahmeverzugs der AUFTRAGGEBERIN gelten die gesetzlichen Vorschriften. Die AUFTRAGNEHMERIN muss der AUFTRAGGEBERIN ihre Leistung jedoch auch ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung der AUFTRAGGEBERIN (z.B. Beistellung) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist.
- 3.5 Die AUFTRAGGEBERIN behält sich vor, den Versandweg und die Versandart sowie das Transportmittel und die Verpackungsart zu bestimmen. Sofern nichts anderes vereinbart ist, sind die Lieferungen frei Werk verzollt (entspricht DDP INCOTERM 2010) auszuführen. Für alle Handelsklauseln gelten die INCOTERMS in der bei Vertragsabschluss geltenden Fassung.

4. Preise, Rechnung, Zahlungsbedingungen

- 4.1 Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich in Euro netto zuzüglich der jeweils gültigen Umsatzsteuer, welche in der Rechnung gesondert auszuweisen ist. Sollte nichts Anderweitiges vereinbart sein, hat die AUFTRAGNEHMERIN einen Festpreis auszuweisen und die Kalkulation dieses Preises entsprechend aufzuschlüsseln. Kosten Dritter sind dabei separat aufzuführen.
- 4.2 Sofern zusätzliche Steuern neben der Umsatzsteuer anfallen, hat die AUFTRAGNEHMERIN die AUFTRAGGEBERIN hierauf unter Aufschlüsselung der entsprechend anfallenden Beträge gesondert hinzuweisen. Wird nichts anderes geregelt, so hat die AUFTRAGNEHMERIN diese Steuern zu tragen bzw. die AUFTRAGGEBERIN von der Zahlung der Steuer freizustellen. Sofern es sich bei einer solchen zusätzlichen Steuer um einen Quellensteuerabzug handelt, behält die AUFTRAGGEBERIN aus dem vereinbarten Preis die abzuführende Quellensteuer zzgl. etwaiger Zuschläge (z.B. Solidaritätszuschlag) in voller Höhe entsprechend den zum Zeitpunkt der Zahlung geltenden gesetzlichen Vorschriften ein und führt diese für die AUFTRAGNEHMERIN ab. Die AUFTRAGGEBERIN ist nur verpflichtet, den um die einbehaltene Quellensteuer reduzierten Preis an die AUFTRAGNEHMERIN zu zahlen.
- 4.3 Der angegebene Preis schließt alle Leistungen und Nebenleistungen der AUFTRAGNEHMERIN (z. B. Bereitstellung, Montage, Einbau oder Ausführung, Verbreitung und Vervielfältigung von Werken) sowie alle Nebenkosten (z. B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein. Insbesondere werden Kosten, die im Zusammenhang mit der Anreise an einen Geschäftssitz der AUFTRAGGEBERIN verursacht werden, nicht gesondert erstattet. Abweichungen hiervon bedürfen einer ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.
- 4.4 Reisekosten umfassen nur Transfer und Unterbringungskosten (keine Verpflegungsmehraufwendungen und vergleichbare Positionen). Soweit nach der getroffenen Vereinbarung Reisekosten erstattet werden, gilt dies nur, wenn die AUFTRAGGEBERIN der Reise und der Kostenübernahme zuvor zugestimmt hat. Der Höhe nach werden sie maximal bis zu den vereinbarten Sätzen und innerhalb der vereinbarten Grenzen gegen Nachweis vergütet. Sie sind quartalsweise in Rechnung zu stellen. Es gelten etwaige im Zeitpunkt der Beauftragung gültige Reisekosten-Richtlinien der AUFTRAGGEBERIN, welche diese auf Anforderung zur Verfügung stellt. Eine Vergütung für Reisezeiten, Verpflegungsmehraufwendungen etc. findet nicht statt.
- 4.5 Rechnungen an die AUFTRAGGEBERIN sind inklusive der Leistungsnachweise an folgende Anschrift zu senden:

Argo AI GmbH

Abteilung: Finance

Ungererstraße 69

80805 München

Die Anerkennung eines Leistungsnachweises oder die Auslösung einer Zahlung bewirken keine Abnahme.

- 4.6 In sämtlichen Auftragsbestätigungen, Lieferpapieren und Rechnungen sind die Bestellnummer, Artikelnummer, Leistungs-, Liefermenge und -anschrift und sonstige Rechnungsanforderungen des deutschen Umsatzsteuergesetzes (UStG) anzugeben. Sollten eine oder mehrere dieser Angaben fehlen und sich dadurch im Rahmen des normalen Geschäftsverkehrs der AUFTRAGGEBERIN die Bearbeitung durch die AUFTRAGGEBERIN verzögern, verlängern sich die in diesen AEB genannten oder vorrangig geltenden Zahlungsfristen um den Zeitraum der Verzögerung.
- 4.7 Die Zahlung erfolgt 30 Tage nach Empfang der Lieferung oder Leistung oder, sofern dem Besteller eine Rechnung durch den Lieferanten erst nach Empfang der Lieferung/Leistung zugeht, 30 Tage nach Zugang einer prüffähigen Rechnung durch Anweisung des entsprechenden Betrages auf das beim Besteller für den Lieferanten hinterlegte Konto.
- 4.8 Die AUFTRAGGEBERIN schuldet keine Fälligkeitszinsen. Der Anspruch der AUFTRAGNEHMERIN auf Zahlung von Verzugszinsen bleibt unberührt. Für den Eintritt des Verzuges durch die AUFTRAGGEBERIN gelten die gesetzlichen Vorschriften mit den Maßgaben, dass in jedem Falle eine Mahnung durch die AUFTRAGNEHMERIN erforderlich ist und Verzugszinsen nur in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz geschuldet werden. Der AUFTRAGGEBERIN bleibt es unbenommen, den Nachweis zu führen, dass ein Schaden nicht oder nur in geringerem Umfang entstanden ist.

5. Eigentumsrechte

- 5.1 Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung von beigestellten oder in sonstiger Art und Weise zur Verfügung gestellten Gegenständen durch die AUFTRAGNEHMERIN wird für die AUFTRAGGEBERIN vorgenommen. Bleibt bei einer Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung mit Sachen Dritter deren Eigentumsrecht bestehen, so erwirbt die AUFTRAGGEBERIN an der neuen Sache Miteigentum im Verhältnis des Wertes der von der AUFTRAGGEBERIN beigestellten Sache zu den übrigen Sachen.
- 5.2 Eigentumsvorbehalte der AUFTRAGNEHMERIN gelten nur, soweit sie sich auf die Zahlungsverpflichtung der AUFTRAGGEBERIN für die jeweiligen Lieferungen beziehen, an denen die AUFTRAGNEHMERIN sich das Eigentum vorbehält, bei Teillieferungen somit auch nur für den entsprechenden Teil, nicht das gesamte Liefergeschäft. Bei Verbindung und Vermischung erstreckt sich ein solcher einfacher Eigentumsvorbehalt nur auf anteiliges Eigentum. Erweiterte oder verlängerte Eigentumsvorbehalte sind unzulässig.

6. Kündigung bei Dauerschuldverhältnissen

Die AUFTRAGGEBERIN ist berechtigt, den Vertrag jederzeit ganz oder teilweise ohne Angabe eines Grundes ordentlich zu kündigen.

7. Gewährleistung

- 7.1 Bei Mängeln stehen der AUFTRAGGEBERIN uneingeschränkt die gesetzlichen Ansprüche zu. Mängelansprüche verjähren nach 36 Monaten, es sei denn, die gesetzliche Frist ist länger.
- 7.2 Mit dem Zugang einer schriftlichen Mängelanzeige bei der AUFTRAGNEHMERIN ist die Verjährung von Gewährleistungsansprüchen gehemmt.
- 7.3 Die AUFTRAGNEHMERIN hat die Pflicht und nach Abstimmung mit der AUFTRAGGEBERIN das Recht zur Nachbesserung. Erfüllungsort für die Nacherfüllung ist der jeweilige Belegungsort der Sache. Diese Nachbesserungspflicht wirkt sich nicht auf vereinbarte Liefertermine und Verzugsfolgen aus. Die AUFTRAGGEBERIN kann nach Ablauf einer von der AUFTRAGGEBERIN gesetzten angemessenen Frist oder bei Erfüllungsverweigerung die Leistung zu Lasten der AUFTRAGNEHMERIN selbst vornehmen oder vornehmen lassen, vom Vertrag zurücktreten oder die vereinbarte Vergütung mindern und/oder Schadensersatz verlangen. Wird insbesondere der Mangel trotz ordnungsgemäßer Untersuchung erst nach Einbau bzw. Weiterverarbeitung durch die AUFTRAGGEBERIN festgestellt, so kann die AUFTRAGGEBERIN neben der Nacherfüllung bzw. Ersatzvornahme den Ersatz der erforderlichen Transportkosten sowie Aus- und Einbaukosten an Material und Arbeitsleistung verlangen oder entsprechend aufrechnen. Das Recht auf Schadensersatz bleibt unberührt.

8. Haftung

- 8.1 Es gelten die gesetzlichen Haftungsregelungen.
- 8.2 Die AUFTRAGNEHMERIN ist insbesondere für alle - auch von Dritten - wegen Personen-, Vermögens- oder Sachschäden geltend gemachten Ansprüche verantwortlich, die auf ein von ihr geliefertes fehlerhaf-

tes Produkt zurückzuführen sind. Sie ist verpflichtet, die AUFTRAGGEBERIN von der hieraus resultierenden Haftung freizustellen. Ist die AUFTRAGGEBERIN verpflichtet, wegen eines Fehlers eines von der AUFTRAGNEHMERIN gelieferten Produktes eine Rückrufaktion gegenüber Dritten durchzuführen, trägt die AUFTRAGNEHMERIN sämtliche mit der Rückrufaktion verbundene Kosten. Dies gilt auch dann, wenn eine Verpflichtung zum Rückruf zwar nicht besteht, aber aus wirtschaftlichen Gründen geboten ist. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

- 8.3 Die AUFTRAGNEHMERIN ist verpflichtet, auf ihre Kosten eine Betriebs- und Umwelthaftpflichtversicherung mit angemessenen Deckungssummen und eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 2 Mio. EUR je Schadensfall für Personen- / Vermögens- / Sachschaden abzuschließen und während der Vertragslaufzeit zu unterhalten und auf Verlangen nachzuweisen.

9. Schutzrechte Dritter

Die AUFTRAGNEHMERIN haftet dafür, dass durch ihre Lieferung und die Verwertung durch die AUFTRAGGEBERIN keine Patente oder sonstige Schutzrechte Dritter im In- und Ausland verletzt werden.

10. Mitwirkungs- und Informationspflichten beider Seiten

- 10.1 Die AUFTRAGGEBERIN wird der AUFTRAGNEHMERIN die erforderlichen Informationen, Materialien und Unterlagen nach Aufforderung zur Verfügung stellen. Darüberhinausgehende Mitwirkungsleistungen bedürfen einer gesonderten schriftlichen Vereinbarung.
- 10.2 Sofern die AUFTRAGGEBERIN auf Mitwirkungsleistungen der AUFTRAGNEHMERIN angewiesen ist, wird diese alle erforderlichen Informationen, Materialien und Unterlagen unverzüglich zur Verfügung stellen.
- 10.3 Die AUFTRAGNEHMERIN räumt der AUFTRAGGEBERIN das jederzeit auszuübende Recht ein, nach vorheriger Anmeldung sämtliche Daten zu Geschäftsvorfällen zwischen der AUFTRAGGEBERIN und der AUFTRAGNEHMERIN bei der AUFTRAGNEHMERIN einzusehen und zu überprüfen.
- 10.4 Der Export bestimmter Waren, insbesondere auch von Software, kann verboten oder beschränkt sein. Die AUFTRAGNEHMERIN hat die AUFTRAGGEBERIN rechtzeitig und umfassend über etwaig bestehende Verbote oder Beschränkungen zu informieren, die im Zusammenhang mit der Beauftragung stehen. Ist eine solche Exportbeschränkung gegeben, so wird die AUFTRAGNEHMERIN die AUFTRAGGEBERIN bei dem Erwerb etwa notwendiger Genehmigungen unterstützen und ihr ohne gesonderte Aufforderung alle notwendigen Angaben, Materialien, Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

11. Geheimhaltung

- 11.1 Die der AUFTRAGNEHMERIN von der AUFTRAGGEBERIN im Rahmen geschlossener Verträge und/oder deren Durchführung mitgeteilten oder zur Kenntnis gelangten Informationen, Erkenntnisse, Ergebnisse, Daten und Unterlagen (im Folgenden als "GEHEIMHALTUNGSBEDÜRFTIGE INFORMATIONEN" bezeichnet) unterliegen der Geheimhaltung, unabhängig davon, wie diese verkörpert, auf welche Art und Weise die Weitergabe oder die Kenntnisnahme erfolgt (z.B. auch per unverschlüsselter E-Mail) oder ob sie ausdrücklich als geheimhaltungsbedürftig (z.B. "vertraulich" oder "geheim") gekennzeichnet sind. Dazu gehören insbesondere Know-how, Schutzrechte, Source Code und sonstiges geistiges Eigentum, welches im Rahmen geschlossener Verträge und/oder deren Durchführung weitergegeben wird, und andere, nicht öffentlich zugängliche Informationen, die die AUFTRAGNEHMERIN im Rahmen geschlossener Verträge und/oder deren Durchführung über die AUFTRAGGEBERIN erlangt.
- 11.2 Die AUFTRAGNEHMERIN verpflichtet sich, die GEHEIMHALTUNGSBEDÜRFTIGEN INFORMATIONEN auch über die Vertragsbeendigung hinaus im Sinne eines Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb geheim zu halten und nur für Zwecke des geschlossenen Vertrages und dessen Durchführung sowie nur in den in diesen Geschäftsbedingungen und in geschlossenen Verträgen vorgesehenen Grenzen zu verwenden. Ihre unternehmensinterne Offenlegung ist auf das für die Durchführung des Vertrages erforderliche Maß zu beschränken ("need-to-know").
- 11.3 Die AUFTRAGNEHMERIN hat alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, dass sie Dritten zugänglich werden. Zugänglich werden umfasst insbesondere die direkte oder indirekte, entgeltliche oder unentgeltliche Weitergabe oder Einsichtnahme durch Dritte.

- 11.4 Eine darüber hinausgehende Benutzung oder eine Weitergabe an Dritte ist der AUFTRAGNEHMERIN nur gestattet, wenn die AUFTRAGGEBERIN zuvor schriftlich ihr ausdrückliches Einverständnis dazu erklärt hat.
- 11.5 Die AUFTRAGNEHMERIN verpflichtet sich sicherzustellen, dass alle natürlichen und juristischen Personen, die bei Durchführung geschlossener Verträge in Kenntnis der GEHEIMHALTUNGSBEDÜRFTIGEN INFORMATIONEN kommen, entsprechend der vorliegenden Regelungen zur Geheimhaltung verpflichtet sind. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten werden diese Pflichten auch für die Zeit nach dem Ausscheiden den Mitarbeitern der AUFTRAGNEHMERIN auferlegt.
- 11.6 Die Pflicht zur Geheimhaltung und Nichtverwertung der GEHEIMHALTUNGSBEDÜRFTIGEN INFORMATIONEN entfällt, soweit diese
- der AUFTRAGNEHMERIN vor der Mitteilung nachweislich bekannt waren oder
 - der Öffentlichkeit vor der Mitteilung bekannt oder allgemein zugänglich waren oder nach der Mitteilung ohne Verschulden der AUFTRAGNEHMERIN bekannt werden oder
 - im Wesentlichen Informationen entsprechen, die der AUFTRAGNEHMERIN zu irgendeinem Zeitpunkt von einem berechtigten Dritten offenbart oder zugänglich gemacht wurden.
- 11.7 Auf die Geschäftsverbindung mit der AUFTRAGGEBERIN darf die AUFTRAGNEHMERIN in Werbung oder sonstigen Unterlagen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der AUFTRAGGEBERIN hinweisen. Gleiches gilt für die Nutzung von Marken, Handelsnamen und anderen Bezeichnungen der AUFTRAGGEBERIN.
- 11.8 Die vorstehenden Verpflichtungen schränken weitergehende Verpflichtungen der AUFTRAGNEHMERIN aus anderen Geheimhaltungsverpflichtungen gegenüber der AUFTRAGGEBERIN nicht ein, insbesondere eine geschlossene separate Geheimhaltungsvereinbarung geht diesen Bestimmungen vor. Die AUFTRAGNEHMERIN verpflichtet sich, soweit noch nicht geschehen, bei Vertragsschluss die Geheimhaltungsvereinbarung der AUFTRAGGEBERIN zu unterzeichnen.

12. Datenschutz

- 12.1 Die AUFTRAGNEHMERIN verpflichtet sich, bei der Erbringung der Vertragsleistungen die geltenden Datenschutzvorschriften zu beachten. Sie stellt die AUFTRAGGEBERIN von allen Ansprüchen Dritter frei, die aus einer Verletzung dieser Verpflichtung herrühren.
- 12.2 Die AUFTRAGNEHMERIN hat ihre Mitarbeiter und Dritte, derer sie sich zur Erfüllung ihrer Vertragspflichten bedient, ebenfalls entsprechend der Datenschutzvorschriften zu verpflichten und dies auf Verlangen der AUFTRAGGEBERIN nachzuweisen.

13. Englische Fassung

Eine etwaige englische Fassung dieser AEB stellt eine reine Arbeitserleichterung dar. Die deutsche Fassung ist alleine maßgeblich und hat bei Widersprüchen oder Abweichungen gegenüber der englischen Fassung Vorrang. Dies gilt auch für alle sonstigen hiermit zusammenhängenden Unterlagen wie z.B. mitgeltende Unterlagen entsprechend.

14. Anwendbares Recht und Gerichtsstand

- 14.1 Diese Bedingungen und das gesamte Rechtsverhältnis der VERTRAGSPARTEIEN unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
- 14.2 Gerichtsstand für sämtliche Ansprüche aus oder im Zusammenhang mit diesen Bedingungen und dem gesamten Rechtsverhältnis der VERTRAGSPARTEIEN ist München; der AUFTRAGGEBERIN bleibt es jedoch unbenommen, Ansprüche gegen die AUFTRAGNEHMERIN auch an anderen gesetzlich gegebenen Gerichtsständen geltend zu machen.

15. Erfüllungsort

Erfüllungsort für alle Lieferungen und Leistungen ist der Ort desjenigen Betriebes oder Betriebsteiles, für den die Vertragsleistungen durch Angabe in den vertraglichen Regelungen bestimmt sind. Mangels einer solchen Bestimmung ist Erfüllungsort der Sitz der AUFTRAGGEBERIN.

16. Schriftform

- 16.1 Für auf Grundlage dieser Geschäftsbedingungen geschlossene Verträge/ Vereinbarungen gilt die Schriftform, mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen, auch Änderungen dieser Klausel, bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung. Die Schriftform wird durch die telekommunikative Übermittlung der unterschriebenen und eingescannten Erklärung, bei einem Vertrag des unterschriebenen und eingescannten Vertragstextes, gewahrt. Konkretisierungen des Leistungsumfanges können mittels elektronischem Ticketsystem erfolgen.
- 16.2 Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen, die nach Vertragsschluss von der AUFTRAGNEHMERIN der AUFTRAGGEBERIN gegenüber abzugeben sind (z. B. Fristsetzungen, Mahnungen, Ausübung von Gestaltungsrechten), bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

17. Abtretung/Vergabe an Dritte

Die Abtretung oder Übertragung von vertraglichen Rechten oder Pflichten (Weitergabe des Auftrages oder Teilen des Auftrages an Dritte) durch die AUFTRAGNEHMERIN bedarf zu ihrer Wirksamkeit der vorherigen schriftlichen Zustimmung der AUFTRAGGEBERIN. Diese wird die AUFTRAGGEBERIN nur verweigern, wenn ihre berechtigten Interessen die der AUFTRAGNEHMERIN überwiegen. Abweichend von Satz 1 ist die Abtretung von Geldforderungen auch ohne Zustimmung der AUFTRAGGEBERIN wirksam; die AUFTRAGGEBERIN kann in einem solchen Fall jedoch mit befreiender Wirkung nach ihrer Wahl an die AUFTRAGNEHMERIN oder den Dritten leisten.

18. Aufrechnung

Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen der AUFTRAGGEBERIN nach den gesetzlichen Vorschriften zu. Die AUFTRAGGEBERIN ist insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange ihr noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen die AUFTRAGNEHMERIN zustehen. Die AUFTRAGNEHMERIN hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

19. Geltungsreihenfolge der Vertragsbestandteile

Die nachfolgend aufgeführten Regelungen und Unterlagen sind verbindliche Vertragsbestandteile, wobei im Falle von Widersprüchen zwischen den Vertragsbestandteilen die nachfolgend angegebene Reihenfolge gilt:

- Bestellschreiben der AUFTRAGGEBERIN
- Konkretisierungen des Leistungsumfanges (in Textform bzw. mittels elektronischem Ticket-System)
- das Lastenheft der AUFTRAGGEBERIN
- zwischen den VERTRAGSPARTEIEN geschlossene Geheimhaltungsvereinbarung
- zwischen den VERTRAGSPARTEIEN bestehende Rahmenvereinbarung soweit hier anwendbar
- Fahrzeugleihverträge (soweit vorhanden) und Allgemeine Verleihbedingungen für Erprobungsfahrzeuge
- Allgemeine Einkaufsbedingungen der AUFTRAGGEBERIN (AEB)
- gesetzliche Regelungen

20. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne der hier enthaltenen Bestimmungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, wird die Geltung der übrigen Bestimmungen hiervon nicht berührt. Die VERTRAGSPARTEIEN verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Bestimmung eine wirksame Bestimmung zu vereinbaren, die dem von ihnen Gewollten wirtschaftlich am nächsten kommt. Gleiches gilt im Fall einer Lücke.

Teil 2: Besondere Bedingungen für die Überlassung von Standardsoftware und Hardware

21. Überlassung von Standardsoftware

- 21.1 Die nachfolgenden Bedingungen gelten für die Überlassung von Standardsoftware, auch wenn diese im Wege des Downloads überlassen wird. Standardsoftware liegt immer dann vor, wenn eine Software nicht nach individuellen Vorgaben der AUFTRAGGEBERIN entwickelt oder angepasst wurde. Soweit nicht Standardsoftware vorliegt, gelten die Regelungen zu Dienstleistungsverträgen.
- 21.2 Die AUFTRAGNEHMERIN ist verpflichtet, der AUFTRAGGEBERIN einfache Nutzungsrechte einzuräumen. Diese sind zeitlich und räumlich unbefristet, vorbehaltlich nachfolgender Bestimmungen unbeschränkt, unwiderruflich und übertragbar. Das Nutzungsrecht umfasst dabei auch die Nutzung durch mit der AUFTRAGGEBERIN verbundene Unternehmen (§ 15 AktG) sowie die auftragsbezogene Nutzung durch Dienstleister, die im Auftrag der AUFTRAGGEBERIN oder im Auftrag eines mit der AUFTRAGGEBERIN verbundenen Unternehmens tätig werden.
- 21.3 Soweit der Lizenzumfang nach der Anzahl von Lizenzen bestimmt ist, so bedeutet die Lizenzanzahl die Anzahl der Nutzer, die gleichzeitig die Software ablaufen lassen können, unabhängig davon, auf wie vielen Geräten die Software installiert ist. Soweit keine ausdrückliche Beschränkung der Lizenzanzahl oder Nutzer vereinbart wird, ist die Nutzeranzahl unbegrenzt.
- 21.4 Die AUFTRAGGEBERIN ist berechtigt, Sicherungskopien anzufertigen und die Software auf redundanten Systemen zu installieren.
- 21.5 Soweit nicht die Lieferung einer bestimmten Version vereinbart ist, kann die AUFTRAGGEBERIN die Lieferung der zum Zeitpunkt der Erfüllung jeweils aktuellsten Version verlangen.
- 21.6 Zu den vertraglich vereinbarten Eigenschaften von Software gehört, dass diese auf allen zum Zeitpunkt der Übergabe regelmäßig eingesetzten Umgebungen einen störungsfreien Betrieb und die Verfügbarkeit aller angelegten Funktionen gewährleistet. Zu den Umgebungen gehören dabei die jeweils vom Hersteller unterstützten Betriebssysteme. Bei webbasierter Software gewährleistet die AUFTRAGNEHMERIN, dass zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs sowie in den darauffolgenden drei Jahren diejenigen Browser und Browserversionen unterstützt werden, die zusammen mindestens 80 % des Marktanteils abdecken, einschließlich aller Versionen des Google Chrome Browsers die innerhalb des vorgenannten Zeitraums veröffentlicht werden.
- 21.7 Soweit die AUFTRAGNEHMERIN Programmfehler durch Updates und Patches beseitigt, schuldet sie den Zugang zu diesen Updates mindestens für die Dauer von 36 Monaten nach Gefahrübergang unentgeltlich. Die AUFTRAGNEHMERIN kann ein Entgelt für Fehlerbeseitigung auch dann nicht verlangen, wenn die Fehlerbeseitigung mit der Lieferung neuer Funktionen (Updates) verbunden ist.

22. Überlassung von Hardware

- 22.1 Wird Hardware im Zusammenhang mit Standardsoftware überlassen, ist die Software lauffähig auf der Hardware zu installieren. Die AUFTRAGNEHMERIN gewährleistet, dass Hard- und Software problemlos miteinander interagieren.
- 22.2 Leistet die AUFTRAGNEHMERIN Nacherfüllung durch Nachbesserung, so hat sie für die Dauer der Nachbesserung ein kostenloses Ersatzgerät am Belegungsort aufzustellen.
- 22.3 Steht der AUFTRAGGEBERIN aus Mängeln Schadensersatz zu, so kann sie unbeschadet weitergehender Schäden als Nutzungsausfall pro Tag des Ausfalls 0,09 % des Nettoanschaffungspreises der betroffenen Systeme geltend machen, wobei der AUFTRAGNEHMERIN der Nachweis eines geringeren Schadens möglich ist.

Teil 3: Besondere Bedingungen für Dienstleistungsverträge

23. Anforderung an die Vertragsdurchführung

- 23.1 Die AUFTRAGNEHMERIN erbringt ihre Leistung selbstständig und eigenverantwortlich. Sie wird bei der Erbringung der Vertragsleistungen den neuesten Stand von Wissenschaft und Technik einhalten und dabei insbesondere die Systeme der AUFTRAGGEBERIN nach dem neuesten Stand der Wissenschaft und Technik gegen unbefugte Zugriffe Dritter (z.B. Hackerangriffe) sowie gegen unerwünschte Datenübermittlung (z.B. Spam) sichern.
- 23.2 Die AUFTRAGNEHMERIN erbringt ihre Leistung in regelmäßiger fachlicher Abstimmung mit der AUFTRAGGEBERIN und benennt einen Projektleiter in ihrem Unternehmen, der den Einsatz des Personals und die Erstellung der Leistung plant bzw. überwacht. Dieser Projektleiter ist der verantwortliche Ansprechpartner für die AUFTRAGGEBERIN in Bezug auf sämtliche Belange des Projektes. Diesem Ansprechpartner gegenüber kann die AUFTRAGGEBERIN Erklärungen mit Wirkung für die AUFTRAGNEHMERIN abgeben. Die AUFTRAGGEBERIN wird Konkretisierungen hinsichtlich der zu erbringenden Leistung ausschließlich diesem übermitteln und den übrigen von der AUFTRAGNEHMERIN eingesetzten Personen keine Weisungen erteilen.
- 23.3 Die AUFTRAGNEHMERIN wird die Informationen, Unterlagen, projektbezogene Anweisungen, Anforderungen und ähnliche Vorgaben der AUFTRAGGEBERIN inhaltlich auf Vollständigkeit, Richtigkeit, Konsistenz und Umsetzbarkeit hin überprüfen. Etwaige Unzulänglichkeiten wird die AUFTRAGNEHMERIN gegenüber der AUFTRAGGEBERIN unverzüglich und schriftlich mit Begründung anzeigen.
- 23.4 Ist Gegenstand der Vertragsleistungen die Erstellung eines Arbeitsergebnisses, so wird die AUFTRAGNEHMERIN die Vertragsleistungen nachvollziehbar technisch dokumentieren und der AUFTRAGGEBERIN auf Nachfrage diese Dokumentation zur Verfügung stellen und sie über den Stand der Vertragsleistungen informieren. Auf Verlangen der AUFTRAGGEBERIN wird die AUFTRAGNEHMERIN jederzeit Einsicht in die abzuliefernden Arbeitsergebnisse sowie auch in Vorentwürfe gestatten und auf Wunsch Statusberichte verfassen.
- 23.5 Beabsichtigt die AUFTRAGNEHMERIN im Rahmen der Leistungserbringung Räumlichkeiten, Betriebsmittel oder andere Ressourcen, die von der AUFTRAGGEBERIN zur Verfügung gestellt werden, im Wege der Beistellung zu benutzen, so hat die AUFTRAGNEHMERIN die dabei ersparten Aufwendungen in der Kalkulation ihrer Angebotspreise bereits zu berücksichtigen und auszuweisen. Soweit eine Berücksichtigung nicht aus dem Angebot hervorgeht, kann die AUFTRAGGEBERIN für die überlassenen Ressourcen ein marktübliches Entgelt verlangen. An überlassenen Räumlichkeiten ist durch geeignete Maßnahmen optisch kenntlich zu machen, welche AUFTRAGNEHMERIN über sie verfügt.
- 23.6 Die Weitergabe des Auftrages oder Teilen des Auftrages an Dritte (z.B. Subunternehmer) durch die AUFTRAGNEHMERIN bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der AUFTRAGGEBERIN. Wird die Zustimmung erteilt, bleibt die AUFTRAGNEHMERIN für die vertragsgemäße Leistungserbringung verantwortlich. Insbesondere hat sie sicherzustellen, dass auch die von Dritten eingesetzten Personen in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stehen. Sollte die Lieferung und Leistung durch Dritte erfolgen, ist die Abrechnung nur durch die AUFTRAGNEHMERIN zulässig. Die AUFTRAGNEHMERIN ist nicht berechtigt, Dritten Leistungsbeziehungen mit der AUFTRAGGEBERIN zu untersagen. Die AUFTRAGNEHMERIN wird sicherstellen, dass diese geltenden AEBs im Verhältnis zwischen AUFTRAGNEHMERIN und Dritten ebenfalls vollständig vereinbart werden.

24. Einsatz von Mitarbeitern der AUFTRAGNEHMERIN

- 24.1 Die von der AUFTRAGNEHMERIN einzusetzenden Mitarbeiter unterliegen alleine dem Weisungsrecht der AUFTRAGNEHMERIN. Diese stellt durch gebotene Maßnahmen sicher, dass das Weisungsrecht ausschließlich durch sie ausgeübt wird und die von ihr eingesetzten Personen in kein Arbeitsverhältnis zur AUFTRAGGEBERIN treten, auch soweit sie Leistungen in deren Räumen erbringen.
- 24.2 Die AUFTRAGNEHMERIN wird nur Personen einsetzen, die bei ihr in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stehen.
- 24.3 Die AUFTRAGNEHMERIN wird dafür Sorge tragen, dass die bei der AUFTRAGGEBERIN zur Erfüllung ihrer Leistungen eingesetzten Mitarbeiter optisch als Fremdfirmenmitarbeiter identifizierbar sind und unbeteiligte Dritte dies jederzeit zweifelsfrei erkennen können. Insbesondere sind Ausweise sichtbar zu tragen.

24.4 Wird eine von der AUFTRAGNEHMERIN zur Vertragserfüllung einzusetzende Person durch eine andere ersetzt und ist eine Einarbeitung erforderlich, so gehen die Kosten der Einarbeitung zu Lasten der AUFTRAGNEHMERIN. Bei der Auswahl wird die AUFTRAGNEHMERIN die Interessen der AUFTRAGGEBERIN angemessen berücksichtigen. Die AUFTRAGGEBERIN kann mit Begründung den Austausch einer von der AUFTRAGNEHMERIN zur Vertragserfüllung eingesetzten Person verlangen, wenn diese wiederholt gegen vertragliche Pflichten verstoßen hat. Die durch den Austausch entstehenden Kosten gehen zu Lasten der AUFTRAGNEHMERIN.

25. Anforderungen an Software und IT-Sicherheit

25.1 Software ist stets mit Anwenderdokumentation und - sofern es sich nicht um Standardsoftware handelt - einschließlich Quellcode und Programmierdokumentation an die AUFTRAGGEBERIN zu liefern.

25.2 Sofern zwischen der AUFTRAGGEBERIN und der AUFTRAGNEHMERIN nichts Abweichendes geregelt ist, wird die AUFTRAGNEHMERIN Software installieren und eine Schulung für Mitarbeiter der AUFTRAGGEBERIN durchführen. Auf Wunsch der AUFTRAGGEBERIN wird die AUFTRAGNEHMERIN Supportleistungen zu marktüblichen Konditionen anbieten.

25.3 Ein Zugriff der AUFTRAGNEHMERIN auf Systeme der AUFTRAGGEBERIN mittels DFÜ (Datenfernübertragung) ist nur aufgrund ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der AUFTRAGGEBERIN gestattet. Die AUFTRAGNEHMERIN ist dabei verpflichtet, die hierfür geltenden Sicherheitsrichtlinien und -konzepte einzuhalten. Sie wird die eingesetzten Mitarbeiter und nach diesen Bedingungen zulässigerweise eingesetzte Dritte vor Zugriff auf Systeme der AUFTRAGGEBERIN über deren Inhalt schriftlich unterweisen.

25.4 Die AUFTRAGNEHMERIN ist verpflichtet, von der oder an die AUFTRAGGEBERIN überlassene Software oder Datenträger mit einem aktuellen Virensuchprogramm auf Malware (Software mit Schadfunktionen), Computerviren oder -würmer oder ähnliche Schadsoftware zu untersuchen und sicherzustellen, dass solche Inhalte nicht enthalten sind.

26. Zur Verfügung gestellte Gegenstände

26.1 Soweit die AUFTRAGGEBERIN der AUFTRAGNEHMERIN im Rahmen des Vertragsverhältnisses Gegenstände zur Verfügung stellt, gelten hierfür die nachfolgenden Vorschriften. Gegenstände in diesem Sinne sind

- Unterlagen, insbesondere Zeichnungen, Abbildungen, Pläne, Konzepte, Lastenhefte, Muster, Beschreibungen, Berechnungen und sonstige Dokumente;
- immaterielle Wirtschaftsgüter, Stoffe und Materialien (z.B. Software, Know-how, Fertig- und Halbfertigprodukte);
- Kraftfahrzeuge, Werkzeuge, Vorlagen, Vorrichtungen, Muster, Hardware;
- sonstige Gegenstände oder Arbeitsmittel, welche die AUFTRAGGEBERIN der AUFTRAGNEHMERIN zur Auftragsdurchführung beistellt oder in sonstiger Art und Weise zur Verfügung stellt.

26.2 Die AUFTRAGGEBERIN räumt der AUFTRAGNEHMERIN Nutzungs- und Besitzrechte an den Gegenständen nur insoweit ein, wie es für die Vertragsdurchführung unbedingt erforderlich ist; alle weiteren Rechte bleiben vorbehalten. Die AUFTRAGNEHMERIN darf die Gegenstände nicht ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung der AUFTRAGGEBERIN Dritten zugänglich machen.

26.3 Die AUFTRAGNEHMERIN hat die Gegenstände - solange sie nicht verarbeitet werden - auf Kosten der AUFTRAGNEHMERIN gesondert zu verwahren und in üblichem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.

26.4 Die AUFTRAGNEHMERIN hat diese Gegenstände, wenn sie für die Vertragserfüllung nicht mehr benötigt werden, an die AUFTRAGGEBERIN zurückzugeben oder, soweit dies auf Grund der Beschaffenheit nicht möglich ist, in Absprache mit der AUFTRAGGEBERIN zu löschen oder zu vernichten. Dies umfasst von der AUFTRAGNEHMERIN hiervon angefertigte Vervielfältigungsstücke; ausgenommen hiervon ist nur die Aufbewahrung im Rahmen gesetzlicher Aufbewahrungspflichten.

27. Definitionen von Arbeitsergebnissen und Schutzrechten

- 27.1 Arbeitsergebnisse sind alle im Zusammenhang mit der Durchführung der vertragsgegenständlichen Arbeiten entstehenden oder verarbeiteten Ergebnisse, dazu zählen insbesondere Erfindungen, technische Verbesserungsvorschläge, Versuchs- und Entwicklungsberichte, Ideen, Entwürfe, Messwerte, Datenbanken, Lichtbilder, Gestaltungen, Computerprogramme einschließlich Quellcode, Know-how, Muster und Modelle aber auch sonstige individuelle geistige Leistungen und Werke.
- 27.2 Schutzrechte sind alle gewerblichen Schutzrechte und Urheberrechte, insbesondere Patente, Geschmacksmuster, Gebrauchsmuster, Namens- und Kennzeichenrechte, urheberrechtliche Verwertungs- und Leistungsschutzrechte.

28. Arbeitsergebnisse und Schutzrechte

- 28.1 Die AUFTRAGNEHMERIN wird die AUFTRAGGEBERIN über alle entstehenden Arbeitsergebnisse unterrichten, alle zur Bewertung erforderlichen Unterlagen vorlegen und alle von der AUFTRAGGEBERIN gewünschten Auskünfte hierzu geben.
- 28.2 Grundsätzlich stehen alle entstehenden Arbeitsergebnisse alleine der AUFTRAGGEBERIN zu. Die AUFTRAGNEHMERIN garantiert, dass diese Bestimmungen auch für Arbeitsergebnisse gelten, die bei Unterauftragnehmern oder Erfüllungsgehilfen der AUFTRAGNEHMERIN entstehen.
- 28.3 Die AUFTRAGNEHMERIN überträgt der AUFTRAGGEBERIN mit Vertragsschluss die entstandenen oder entstehenden Schutzrechte an den Arbeitsergebnissen. Soweit diese von Gesetzes wegen nicht übertragbar sind, überträgt sie das ausschließliche, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkte, unentgeltliche, unterlizenzierbare und übertragbare unwiderrufliche Nutzungsrecht an den Arbeitsergebnissen. Dies umfasst auch das Recht zur Bearbeitung und Auswertung der Arbeitsergebnisse sowie, die Arbeitsergebnisse entgeltlich oder unentgeltlich Dritten zur Benutzung, Veränderung, Weitergabe und/oder Unterlizenzierung zu überlassen. Die Nutzungsrechte erstrecken sich dabei auf alle bekannten und künftigen Verwertungsarten, insbesondere die Vervielfältigung, die Verbreitung, Ausstellung, Aufführung und Vorführung, die öffentliche Zugänglichmachung, Bearbeitungen, Umgestaltungen, Sendung und Wiedergabe über alle Trägerformen.
- 28.4 Soweit Erfindungen und darauf bestehende Schutzrechte nachweislich bereits vor Beginn der vertragsgegenständlichen Arbeiten bei der AUFTRAGNEHMERIN vorhanden waren ("Altschutzrechte") und sie diese der AUFTRAGGEBERIN vor Beginn der vertragsgegenständlichen Arbeiten als solche schriftlich benennt, bleibt die AUFTRAGNEHMERIN auch Inhaber derselben. Die AUFTRAGNEHMERIN räumt der AUFTRAGGEBERIN an diesen Altschutzrechten mit Vertragsschluss ein einfaches, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes, unterlizenzierbares und übertragbares unwiderrufliches Nutzungsrecht ohne Zahlung eines über den Festpreis hinausgehenden Entgelts ein. Das Nutzungsrecht umfasst dabei auch die Nutzung durch konzernangehörige Unternehmen und deren Kunden. Im Falle einer Entwicklung eines Serielieferteiles legt die AUFTRAGNEHMERIN dabei die Erstmuster vor. Bestehende oder entstandene Schutzrechte, die nicht als Altschutzrechte benannt werden, werden nach vorstehendem Absatz an die AUFTRAGGEBERIN übertragen.
- 28.5 Sofern die AUFTRAGNEHMERIN aufgrund gesonderter schriftlicher vertraglicher Vereinbarung mit der AUFTRAGGEBERIN von den Festlegungen zur vorstehenden Übertragung der Schutzrechte abweicht, ist sie verpflichtet, zusätzlich zu den im Auftrag vereinbarten Unterlagen neutralisierte Anfragedokumente (z. B. 2D-CAD-Zeichnungsinformation, 3D-CAD-Modelle, Source-Code oder Objektcode) zu liefern. Die AUFTRAGNEHMERIN räumt der AUFTRAGGEBERIN mit Vertragsschluss das ausschließliche, unentgeltliche, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkte, unterlizenzierbare und übertragbare unwiderrufliche Nutzungsrecht an den neutralisierten Anfrageunterlagen zur Verbreitung, Vervielfältigung und Bearbeitung, insbesondere zum Zwecke der Ausschreibung von Leistungen gegenüber Dritten, ein.
- 28.6 Die AUFTRAGNEHMERIN überträgt der AUFTRAGGEBERIN mit Vertragsschluss das Recht an allen und auf alle im Rahmen der Vertragsdurchführung bei ihr entstehenden Erfindungen, Muster und Modelle. Zu diesem Zweck verpflichtet die AUFTRAGNEHMERIN sich, die Erfindungen gegenüber ihren Mitarbeitern in Anspruch zu nehmen. Zusätzliche Kosten für die Übertragung dieser Rechte entstehen nicht. Vielmehr sind alle Kosten mit der in der Bestellung genannten Vergütung abgedeckt. Die AUFTRAGGEBERIN erklärt sich mit der Annahme der übertragenen Erfindungen, Muster und Modelle einverstanden. Die AUFTRAGGEBERIN ist alleine berechtigt, Anmeldungen von Schutzrechten einzureichen bzw. dieses Recht an einen Dritten abzutreten oder durch Dritte wahrnehmen zu lassen. Auf Wunsch der AUFTRAGNEHMERIN teilt die AUFTRAGGEBERIN schriftlich mit, wenn sie im konkreten

Einzel Fall auf eine Anmeldung verzichtet. Die AUFTRAGNEHMERIN ist dann zur Anmeldung des Schutzrechtes auf eigene Kosten berechtigt. An diesen Schutzrechten steht der AUFTRAGGEBERIN sowie allen mit ihr im Sinne des § 15 AktG verbundenen Unternehmen ein einfaches, unentgeltliches, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes und übertragbares unwiderrufliches Nutzungsrecht zu.

29. Verwendung von Freier Software

- 29.1 Die AUFTRAGNEHMERIN hat der AUFTRAGGEBERIN gegenüber zu erklären, ob das von ihr geschuldete Ergebnis Freie Software (Open Source Software, Freeware und/oder Public Domain Software einschließlich Unterkomponenten oder Teilen dieser) enthält oder nicht.
- 29.2 Verwendet die AUFTRAGNEHMERIN Freie Software in dem geschuldeten Ergebnis oder ist dies beabsichtigt, so ist der Einsatz generell nur dann statthaft, wenn die AUFTRAGNEHMERIN die AUFTRAGGEBERIN hierüber vor Entwicklungsbeginn gemäß den Vorgaben der "Regelungen zum Einsatz von Freier Software" (mitgeltende Unterlage) informiert.
- 29.3 Es besteht keine Verpflichtung der AUFTRAGGEBERIN, die Verwendung von Freier Software im geschuldeten Ergebnis zu akzeptieren. Die Information durch die AUFTRAGNEHMERIN bewirkt keine Akzeptanz der Verwendung von Freier Software durch die AUFTRAGGEBERIN. Eine Ablehnung der Verwendung von Freier Software durch die AUFTRAGGEBERIN kann insbesondere zur Abwendung von Sicherheits- oder rechtlichen Risiken erfolgen.
- 29.4 Die nachstehenden Bestimmungen, insbesondere der Freistellungsanspruch zu den Schutzrechten Dritter, gelten ergänzend.

30. Schutzrechte Dritter

- 30.1 Die AUFTRAGNEHMERIN wird sicherstellen, dass durch die von ihr zu erbringenden vertraglichen Leistungen und deren Arbeitsergebnisse nicht in Rechte oder Schutzrechte Dritter eingegriffen wird. Soweit die AUFTRAGNEHMERIN nicht alleinige Inhaberin der ausschließlichen Nutzungsrechte ist, weist sie der AUFTRAGGEBERIN nach, dass ihr die für den Vertragszweck erforderlichen Nutzungsrechte eingeräumt wurden und die Ergebnisse frei von jeglichen Rechten Dritter sind, die die Nutzung einschränken können. Eine Nutzungseinschränkung liegt auch dann vor, wenn die Nutzung von Bedingungen abhängt.
- 30.2 Wird erkennbar, dass Schutzrechte Dritter durch die AUFTRAGGEBERIN verletzt werden könnten, wird die AUFTRAGNEHMERIN die AUFTRAGGEBERIN unverzüglich informieren. Sie wird im Rahmen der Nacherfüllung auf ihre Kosten alles Zumutbare tun, um durch einen Rechtserwerb vertragsgemäße Zustände herzustellen. Gelingt ein solcher Rechtserwerb nicht, wird die AUFTRAGNEHMERIN der AUFTRAGGEBERIN auf ihre Kosten gleichwertige Vertragsleistungen und Liefergegenstände zur Verfügung stellen, die keine Rechte Dritter verletzen. Diese Lösung ist nur dann gleichwertig, wenn sie die vereinbarte Nutzbarkeit der Vertragsleistungen und Liefergegenstände nicht oder nur unerheblich einschränkt. Soweit die AUFTRAGNEHMERIN die für die Nutzung erforderlichen Lizenzrechte nicht unverzüglich beschafft, ist die AUFTRAGGEBERIN berechtigt, auf Kosten der AUFTRAGNEHMERIN die erforderlichen Rechte zu erwerben oder nach eigener Wahl eine Ersatzvornahme vorzunehmen. Die AUFTRAGNEHMERIN stellt der AUFTRAGGEBERIN dafür auf Anforderung die notwendigen Rechte und Unterlagen (z.B. Source Codes, Dokumentationen) zur Verfügung.
- 30.3 Die AUFTRAGNEHMERIN stellt die AUFTRAGGEBERIN von sämtlichen Ansprüchen frei, die Dritte wegen einer angeblichen Verletzung von Schutzrechten oder Lizenzbestimmungen durch die Nutzung von Vertragsleistungen oder Liefergegenständen erheben. Sie wird der AUFTRAGGEBERIN alle erforderlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit einer solchen Inanspruchnahme erstatten. Die AUFTRAGGEBERIN wird die AUFTRAGNEHMERIN bei Eintritt eines solchen Falles unverzüglich informieren und kann nach ihrer Wahl die Verteidigung oder Vergleichsverhandlung selbst übernehmen oder die AUFTRAGNEHMERIN zur Übernahme auffordern. In jedem Fall trägt die AUFTRAGNEHMERIN entsprechend Vorstehendem auch die Kosten der Rechtsverteidigung. Sofern die AUFTRAGGEBERIN die Verteidigung selbst übernimmt, wird die AUFTRAGNEHMERIN der AUFTRAGGEBERIN alle erforderlichen Informationen und Materialien zur Verfügung stellen. Übernimmt die AUFTRAGNEHMERIN die Verteidigung, so hat sie in jedem Fall sicherzustellen, dass die vertraglich vereinbarte Nutzung durch die AUFTRAGGEBERIN nicht von der Inanspruchnahme wegen einer Verletzung von Rechten beeinträchtigt wird. Diese Ansprüche der AUFTRAGGEBERIN sind unabhängig von einem Verschulden der AUFTRAGNEHMERIN. Verweigert die AUFTRAGNEHMERIN die Mitwirkung an der Rechtsverteidigung mit der Begründung, es liege keine Rechtsverletzung vor, so wird sie mit dem Einwand nicht gehört, die AUFTRAGGEBERIN habe die Verteidigung fehlerhaft geführt.

31. Change Requests

- 31.1 Ein Change Request ist eine vertragliche Änderung oder Erweiterung des Vertragsinhaltes, die über die Ausübung eines Wahl- und Ausgestaltungsrecht der AUFTRAGGEBERIN hinausgeht.
- 31.2 Die AUFTRAGNEHMERIN wird Änderungswünsche der AUFTRAGGEBERIN nur aus wichtigem Grunde ablehnen. Als wichtiger Grund für eine Ablehnung gilt insbesondere, wenn nach begründeter Auffassung der AUFTRAGNEHMERIN die Leistung nicht ausführbar ist oder wenn die zur Durchführung der Änderung erforderlichen Ressourcen für die AUFTRAGNEHMERIN nicht verfügbar sind und auch nicht verfügbar gemacht werden können.
- 31.3 Die AUFTRAGNEHMERIN hat die von der AUFTRAGGEBERIN gewünschten Änderungen betreffend deren Auswirkung auf Kosten, Investitionen und Termine zu bewerten und unter der Berücksichtigung, dass die Termine möglichst nicht verändert werden sollen, unverzüglich nach der Änderungsmitteilung einen Umsetzungsvorschlag anzubieten. Hinsichtlich der Kosten muss dieses Angebot genauso prüfbar sein wie das ursprüngliche Angebot.
- 31.4 Die AUFTRAGNEHMERIN kann eine zusätzliche Vergütung nur dann verlangen, wenn vor Beauftragung des Change Requests ein nach Kosten und Zeitaufwand konkret beziffertes Angebot in Textform vorlag und die AUFTRAGGEBERIN dieses angenommen hat. Das Angebot muss dabei auch Hinweise dazu enthalten, ob sich durch Annahme des Change Requests Auswirkungen auf andere Vertragsteile, insbesondere vereinbarte Fristen ergeben.
- 31.5 Soweit sich die VERTRAGSPARTEIEN auf inhaltliche Veränderungen der Projektausführung verständigen, ohne dass hierfür ein entsprechendes Angebot vorgelegt und von der AUFTRAGGEBERIN angenommen wurde, liegt kein Change Request vor.

32. Abnahme

- 32.1 Die von der AUFTRAGNEHMERIN erarbeiteten Arbeitsergebnisse sind in prüffähiger Form zu übergeben. Ist dieses Erfordernis nicht erfüllt, werden Fristen wegen Unmöglichkeit der Abnahme nicht in Gang gesetzt. Ist das Arbeitsergebnis in Datensätzen verkörpert, hat die AUFTRAGNEHMERIN soweit Einblick in den Code der erbrachten Leistung zu gewähren, dass eine Überprüfung auf vereinbarungsgemäße Leistungserbringung möglich ist. Die AUFTRAGNEHMERIN hat ihre eigenen durchgeführten Testfälle bzw. die entsprechende Dokumentation der AUFTRAGGEBERIN mit der Software zu überreichen.
- 32.2 Die AUFTRAGNEHMERIN wird die Gesamtfertigstellung des Auftrags zur Abnahme mindestens zehn Werktage im Voraus anzeigen. Die Abnahme hat wie nachfolgend beschrieben zu erfolgen:
- Die AUFTRAGGEBERIN wird die in prüffähiger Form übergebenen Leistungen, sofern keine Frist bestimmt ist, innerhalb einer in Ansehung des Projekts angemessenen Frist, höchstens jedoch binnen 30 Tagen nach Erhalt, prüfen. Hierbei wird ggf. ein laufender Funktionstest über mehrere Arbeitstage unter (simulierten) Arbeitsbedingungen durchgeführt.
 - Die AUFTRAGNEHMERIN wird auf Wunsch der AUFTRAGGEBERIN und ohne gesonderte Vergütung geschultes Personal für die zur Abnahme erforderlichen Prüfungen zur Verfügung stellen. Die bei der Abnahmeprüfung auftretenden Mängel werden protokolliert.
 - Die Abnahmeerklärung ist vom Projektleiter der AUFTRAGNEHMERIN sowie dem Verantwortlichen der AUFTRAGGEBERIN nach den jeweils geltenden Unterschriftenregelungen abzuzeichnen.
 - Verweigert die AUFTRAGGEBERIN die Abnahme aufgrund eines oder mehrerer Mängel, wird die AUFTRAGNEHMERIN den bzw. die Mängel unverzüglich beseitigen und ihre Leistungen erneut zur Abnahme vorlegen. Die vorstehenden Vorschriften gelten für eine erneute Abnahme entsprechend.
- 32.3 Die AUFTRAGNEHMERIN wird ihre entsprechende Leistung erst nach erfolgreicher Abnahme bzw. nach Freigabe ihrer Teilleistung in Rechnung stellen. Teilzahlungen werden von der AUFTRAGGEBERIN jedoch nur geleistet, wenn sie ausdrücklich schriftlich vereinbart wurden.
- 32.4 (Teil-)Zahlungen erfolgen erst nach Vorlage eines Leistungsnachweises. Ein Leistungsnachweis darf erst nach vollständiger Erbringung der vereinbarten Leistung bzw. Teilleistung gestellt werden. Der Leistungsnachweis muss mindestens folgende Inhalte aufweisen:
- Stand der Arbeiten/Projektstatus,

- bisher erreichte Meilensteine / Teilergebnisse, Vereinbarungen über die weitere Vorgehensweise,
- Unterschrift seitens der AUFTRAGNEHMERIN,
- Unterschrift des Fachbereichs der AUFTRAGGEBERIN (Anforderer).

32.5 Sollte eine Vergütung nach Zeitaufwand vereinbart sein, so erbringt die AUFTRAGNEHMERIN die erforderlichen Leistungsnachweise durch Erfassungsbelege, die der AUFTRAGGEBERIN wöchentlich zur Gegenzeichnung vorzulegen sind.

32.6 Sollte sich die AUFTRAGGEBERIN ausnahmsweise auf die Abnahme von Teilleistungen einlassen, hindert dies die AUFTRAGGEBERIN nicht, später Mängel in schon abgenommenen Teilleistungen geltend zu machen, soweit solche erst durch das Zusammenwirken der Systemteile offenkundig werden.

33. Ergänzende Regelungen zu Wartungs- und Pflegeverträgen

33.1 Hat ein Vertrag die Wartung oder Pflege von technischen Einrichtungen oder von Software zum Gegenstand, so gilt die ununterbrochene, vollständige, ungestörte Verfügbarkeit und Einsetzbarkeit zum angestrebten Ziel als geschuldeter Erfolg der AUFTRAGNEHMERIN. Bei Weiterentwicklungen der Software stellt die AUFTRAGNEHMERIN die entsprechenden Updates und Upgrades zur Verfügung.

33.2 Die AUFTRAGNEHMERIN hat die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, damit bei den vertragsgegenständlichen Einrichtungen keine Störungen auftreten. Dabei muss die AUFTRAGNEHMERIN auch mögliche Veränderungen der Umgebung, beispielsweise Softwareupdates und Patches anderer Standardsoftware berücksichtigen. Es gilt eine 99,95%-ige Verfügbarkeit auf Wochenbasis und eine Reaktionszeit von einer Stunde während üblicher Bürozeiten, im Übrigen vier Stunden, als vereinbart.

33.3 Soweit der ungestörte Betrieb eine von der AUFTRAGGEBERIN geschuldete Mitwirkung erfordert, muss die AUFTRAGNEHMERIN die AUFTRAGGEBERIN schriftlich und so rechtzeitig darauf hinweisen, dass der Vertragszweck nicht gefährdet wird.

33.4 Soweit die AUFTRAGGEBERIN im Rahmen einer Softwarepflege von der AUFTRAGNEHMERIN Softwareteile überlassen werden, stehen der AUFTRAGGEBERIN die üblichen Mängelansprüche unter Geltung der Regelungen aus diesen AEB zu.

General Terms of Purchase of Argo AI GmbH

Part 1: General Provisions for Contracts of All Types

1. Scope, Contract Formation

- 1.1 The following General Terms of Purchase (the General Terms or AEB) of Argo AI GmbH (hereinafter: THE PURCHASER) apply to all orders placed (purchase orders issued), now or in the future, by THE PURCHASER for contractual performances (whether supplies of goods, work, services or otherwise) by a supplier with which THE PURCHASER will or may contract (hereinafter: THE CONTRACTOR), to all quotations (whether so designated or described as offers or proposals or otherwise) now or in the future received from THE CONTRACTOR, and to the rendering of contractual performances by THE CONTRACTOR, including those rendered under any future contract.
- 1.2 The General Terms apply only if THE CONTRACTOR is an entrepreneur within the meaning of § 14 of the German Civil Code (BGB), a legal person organized under public law, or a special fund organized under public law.
- 1.3 These General Terms shall apply exclusively. Any contrary confirmations including divergent terms and conditions are hereby contradicted. All contracts awarded by THE PURCHASER are subject to the condition that any business terms and conditions that THE CONTRACTOR may have are not part of the resulting contract. It is incumbent upon THE CONTRACTOR to explicitly negotiate any modifications it desires and to see to their addition to the contract in the form of individual written agreements. Should THE CONTRACTOR nevertheless reference terms and conditions of its own at what would otherwise be the time of contracting, no contract shall be formed at this time. Should THE CONTRACTOR despite this commence performance of the contract, it by so doing agrees to the formation of a contract from which its terms and conditions are excluded. Should THE CONTRACTOR reject or refuse this modification of the contract, it shall be liable to THE PURCHASER for the damages the latter incurs as a result of its reliance on the valid formation of a contract based solely on its own General Terms. THE PURCHASER shall, however, in the event of such rejection or refusal have the option of declaring that it agrees to the formation of a contract incorporating the terms and conditions of both parties.
- 1.4 References to the application of statutory provisions are purely for purposes of clarification. The statutory provisions apply even in the absence of such reference unless they are directly modified or expressly excluded by a contractual term individually agreed or by these General Terms.

2. Overdue Delivery Constituting Default

- 2.1 The delivery deadlines specified by THE PURCHASER in its purchase order (whether as a specific date or a certain period of time, including milestone completion dates and time periods) are binding. If no such deadline is stated in the purchase order or otherwise agreed, the deadline for delivery or completion shall be eight weeks from the time of contracting.
- 2.2 THE CONTRACTOR is required to notify THE PURCHASER immediately in writing whenever THE CONTRACTOR can or should foresee that it may for any reason be unable to perform by the applicable deadline. In such notice, THE CONTRACTOR shall explain the measures by which it proposes to remain on, get back on, or minimize departure from the agreed schedule, whereby such notice does not absolve THE CONTRACTOR of its responsibility for adherence to the original schedule. Should it fail to give such notice, THE CONTRACTOR bears legal responsibility for the missed deadline regardless of its cause.
- 2.3 THE CONTRACTOR automatically defaults on performance obligations that are unfulfilled at expiration of the delivery deadline even if the failure to perform elicits no notice or warning from THE PURCHASER. In such event, THE PURCHASER may exercise all rights conferred on it contractually or by law.
- 2.4 In the event of THE CONTRACTOR'S overdue performance constituting default, THE PURCHASER may furthermore claim a contractual penalty amounting to 0.25 % of the net contract value for each working day of deadline

overrun, up to a maximum penalty of 5% of the net contract value. This contractual penalty shall be credited against THE CONTRACTOR'S damage liability by reason of overdue performance constituting default, but is without prejudice to all other rights and claims.

3. Delivery, Passage of Risk, Default of Acceptance

- 3.1 Delivery shall be effected at the place stated in the purchase order. In the absence of agreement on this point, the place of delivery shall be the place of performance specified herein (THE PURCHASER'S place of business or registered office). THE CONTRACTOR shall not be entitled to make partial deliveries without the prior THE PURCHASER'S written consent.
- 3.2 The risk of accidental loss or damage for a purchase order shall pass to THE PURCHASER upon handover at the place of performance.
- 3.3 To the extent the parties have not contracted for acceptance inspection or testing on handover and THE PURCHASER has a legal obligation to inspect for and notify of defects, such notice shall be considered timely if given within two weeks. This deadline runs from the time of delivery / handover in the case of manifest defects and from the time of discovery in the case of other defects.
- 3.4 Whether a delay in acceptance on THE PURCHASER'S part constitutes default shall be governed by the statutory provisions. THE CONTRACTOR must, however, expressly offer its performance to THE PURCHASER even if a fixed or determinable calendar time has been agreed for an action or act of cooperation (e.g. a provided resource) on THE PURCHASER'S part.

4. Prices, Invoices, Terms of Payment

- 4.1 The price stipulated in the purchase order is binding. All prices are quoted in Euros net of applicable value added tax, which shall be added to the quoted net prices and separately stated in the invoice. Unless otherwise agreed, THE CONTRACTOR shall quote a fixed price and provide a breakdown showing how this price was arrived at. All charges by third parties shall be separately listed as such.
- 4.2 If any taxes other than value added tax will arise, THE CONTRACTOR shall call each of these to THE PURCHASER'S attention, separately stating the amount thereof and reason therefor. Unless otherwise agreed, THE CONTRACTOR shall bear these taxes and, should THE PURCHASER be liable therefore, indemnify it against, hold it harmless from, and procure its release from such taxes. To the extent the additional tax is a withholding tax, THE PURCHASER shall withhold from its agreed payment the full amount of such tax, including any surcharges (such as the solidarity surcharge), in accordance with the law applicable at the time of payment and remit this amount on THE CONTRACTOR'S. THE PURCHASER is then required to pay THE CONTRACTOR the reduced price resulting after subtraction of the tax amount withheld.
- 4.3 The stipulated price constitutes payment in full for all contractual performances, whether primary, secondary, collateral, or ancillary (including without limitation the delivery, availability, and assembly of the work product, its installation, performance, and execution, as well as any distribution, copying, and reproduction thereof) and all incidental costs (such as for proper packaging, transportation, and transport and liability insurance where appropriate). THE CONTRACTOR shall in particular not be entitled to separate reimbursement of costs incurred in connection with travel to any place of business of THE PURCHASER. Any exceptions to the foregoing require express written agreement.
- 4.4 The term "travel expenses" includes only the cost of transportation and lodging (not meal allowances, extra meal expense, and similar items). Even where travel are reimbursable under the contract, this applies only where THE PURCHASER has given specific advance approval for the travel and its assumption of costs. Upon presentation of proper documentation, such costs will be reimbursed subject to the agreed maximum rates and within the agreed limits. They are to be invoiced quarterly. Any Travel Expense Guidelines for Development Service Providers in effect at the time of contract award shall apply; these are available from THE PURCHASER upon request. No compensation shall be paid for travel time, meal allowances, extra meal expense, etc.
- 4.5 Invoices shall be submitted to THE PURCHASER together with statements of work addressed as follows:

Autonomous Intelligent Driving GmbH

Abteilung: Finance

Ungererstraße 69

80805 München

Neither the recognition of a statement of work performed nor the release of payment shall constitute acceptance of the work in question.

- 4.6 All order confirmations, delivery documents, and invoices must quote the order number, the item or article number, the volume or quantity of work or goods to be supplied, and the address of the place of delivery or supply, and must contain all other required invoice information under German Value Added Tax Law (UStG). If one or more such items are missing and this delays processing by THE PURCHASER in the normal course of its business, all payment deadlines specified in these General Terms or in documents with a higher order of precedence are extended by the length of the delay.
- 4.7 Unless otherwise agreed, payments are due 30 days after THE PURCHASER'S receipt of a reviewable invoice and fulfillment of all other conditions precedent to maturity of the claim in question.
- 4.8 THE PURCHASER shall owe no interest on overdue payments. The foregoing shall not prejudice THE CONTRACTOR'S right to claim default interest. The statutory provisions shall govern when a delay in payment by THE PURCHASER constitutes default, however with the proviso that a demand for payment by THE CONTRACTOR shall in all events be required and that the default rate of interest shall be only five percentage points above the base interest rate. THE PURCHASER is entitled to show that actual damages were nil or less than the default interest amount.

5. Rights of Ownership

- 5.1 Any manufacturing or processing of or other work done on any items provided to THE CONTRACTOR by THE PURCHASER to aid THE CONTRACTOR in performing the contract or for any other contractual purpose, as well as any commingling or joining by THE CONTRACTOR of such items, is done on THE PURCHASER'S behalf. If such items are manufactured, processed, commingled, or joined with things belonging to third parties whose rights of ownership survive, THE PURCHASER acquires joint ownership of the new thing in the ratio of the value of the thing provided by THE PURCHASER to the value of other things.
- 5.2 Any retentions of title by THE CONTRACTOR are valid only to the extent they relate to THE PURCHASER'S unfulfilled obligation to make payment for the supplies with respect to which THE CONTRACTOR retains title; in the case of partial deliveries or supplies they thus relate only to the part in question, not to the entire delivery or supply. In the case of joining and commingling, this (simple) retention of title extends only to pro rata ownership. Expanded or extended retentions of title are impermissible.

6. Termination of Contracts of Continuing Obligation

By notice given, THE PURCHASER may at any time terminate the contract or any part thereof with immediate effect without giving a reason (discretionary termination).

7. Warranty

- 7.1 THE PURCHASER shall have all rights under applicable law in the event of defects. Warranty claims become time-barred after 36 months or, if longer, in the statutory period.
- 7.2 The running of the period in which warranty claims become time-barred is tolled (suspended) upon THE CONTRACTOR'S receipt of written notice of defect.
- 7.3 THE CONTRACTOR is obligated and, provided it acts in coordination with THE PURCHASER, entitled to remedy / repair defects. The place of performance for cure is the location of the thing. This obligation to remedy / repair defects has no effect on agreed delivery deadlines and the consequences of delay constituting default. THE PURCHASER may itself cure the defect, or have it cured, at THE CONTRACTOR'S expense if THE CONTRACTOR has failed to do so within a reasonable deadline set by THE PURCHASER or if THE CONTRACTOR has refused to cure the defect. In these situations, THE PURCHASER may also revoke the contract or reduce the agreed purchase price, and it may in addition claim damages. In particular where, despite proper inspection, the defect is not discovered until after installation or manufacturing/processing by THE PURCHASER, THE PURCHASER may, in ad-

dition to cure or self-cure, claim reimbursement of the necessary transportation cost as well as the cost of dismantling and re-installation (labor and materials), or declare set-off in the amount of such costs. The foregoing is without prejudice to THE PURCHASER'S right to claim damages.

8. Liability

8.1 The statutory provisions regarding liability shall apply.

8.2 THE CONTRACTOR is in particular liable for all damages, including those claimed by third parties, by reason of personal injury, property damage, or economic loss attributable to a faulty product that it has delivered. It is required to indemnify THE PURCHASER against, hold it harmless from, and procure its release from all such liability. If THE PURCHASER is obligated to recall products from third parties due to a fault in a product supplied by THE CONTRACTOR, THE CONTRACTOR shall bear all costs associated with the recall. This shall apply even where there is no obligation to recall, but the recall is indicated for economic reasons. The foregoing is without prejudice to any other rights THE PURCHASER may have under applicable law.

8.3 At its own expense, THE CONTRACTOR is required to take out business liability insurance and environmental liability insurance in appropriate coverage amounts as well as product liability insurance with a coverage amount of at least EUR 2 million per claim for by reason of personal injury, property damage, and/or economic loss. All such insurance, proof of which shall be furnished upon request, must be maintained in force for the duration of the contract.

9. Rights of third parties

THE CONTRACTOR is responsible for ensuring that the goods supplied and their use by THE PURCHASER do not infringe any third party patents or other intellectual property rights.

10. Duties of Cooperation and Information of Both Parties

10.1 THE PURCHASER will provide THE CONTRACTOR with the necessary information, materials, and documents upon request. No other support provided by THE PURCHASER will be furnished except as separately agreed in writing.

10.2 If THE PURCHASER is dependent upon THE CONTRACTOR'S support and cooperation, the latter shall promptly furnish all necessary information, materials, and documents.

10.3 THE CONTRACTOR grants the internal audit department of THE PURCHASER the right to examine and audit all data pertaining to business transactions between THE CONTRACTOR and THE PURCHASER, such right being exercisable on THE CONTRACTOR'S business premises at any time after prior notice given.

10.4 The export of certain goods, including in particular software, may be prohibited or subject to restrictions. THE CONTRACTOR shall inform THE PURCHASER in good time and completely about any prohibitions or restrictions relating to the subject matter of the contract to be awarded. Should any such export restrictions apply, THE CONTRACTOR shall assist THE PURCHASER in obtaining any necessary approvals and without prior request provide THE PURCHASER with all necessary information, data, materials, and documents.

11. Non-Disclosure

11.1 All information, knowledge, results, data, and documents that THE CONTRACTOR receives from THE PURCHASER or in any way acquires from THE PURCHASER in the context of and/or in the course of performance of contracts entered into or in the pre-contractual phase (RFQ, purchase order, etc.) (hereinafter referred to as "CONFIDENTIAL INFORMATION") shall be subject to non-disclosure regardless of how such information is embodied, regardless of the manner in which it is communicated or the way it is acquired (e.g. as an unencrypted e-mail), and regardless of whether it is expressly designated or marked as subject to non-disclosure (e.g. as "confidential" or "secret"). This includes without limitation all know-how, patent rights and other industrial property rights, source code, and other intellectual property rights provided and all other information that is not publicly available which THE CONTRACTOR acquires from THE PURCHASER.

11.2 THE CONTRACTOR agrees to preserve the secrecy of CONFIDENTIAL INFORMATION as an industrial and trade secret within the meaning of the Act Against Unfair Competition even after the termination of the contract and to use it only for purposes of the pre-contractual phase (RFQ, purchase order, etc.) and for any contract entered into and the performance thereof, and only within the limits envisaged by these General Terms and by contracts

entered into. Its disclosure within THE CONTRACTOR'S organization shall be limited to that which is necessary for the pre-contractual phase (RFQ, purchase order, etc.) and for performance of the contract (disclosure on strict "need-to-know" basis).

- 11.3 THE CONTRACTOR is required to take all necessary action to prevent third parties from gaining access to CONFIDENTIAL INFORMATION. "Access" shall include without limitation direct or indirect disclosure to third parties, whether gratuitously or for consideration, as well as viewing or examination by third parties.
- 11.4 No other use by THE CONTRACTOR and no disclosure by it to third parties is permitted without THE PURCHASER'S express prior written consent.
- 11.5 THE CONTRACTOR shall ensure that all natural and juridical persons who acquire knowledge of CONFIDENTIAL INFORMATION in connection with the pre-contractual phase (RFQ, purchase order, etc.) or in the course of performance of contracts entered into are bound by non-disclosure obligations analogous to those set forth herein. THE CONTRACTOR shall ensure that, to the extent legally possible, the obligations to be imposed hereunder on THE CONTRACTOR'S employees and on the other above described natural and juridical persons shall survive the termination of the employment or other relationship conferring access to CONFIDENTIAL INFORMATION.
- 11.6 The obligation to maintain secrecy regarding and refrain from using CONFIDENTIAL INFORMATION lapses to the extent
- THE CONTRACTOR proves that it was already aware of the information before the relevant disclosure, or
 - the information was public knowledge or generally available before the relevant disclosure or, after such disclosure, it became public knowledge or generally available through no fault of THE CONTRACTOR, or
 - the information is substantially the same as information that was at some point disclosed or made available to THE CONTRACTOR by an authorized third party.
- 11.7 THE CONTRACTOR shall not refer to its business relationship with THE PURCHASER in advertising or in other documents without THE PURCHASER'S prior written consent. The same applies to THE CONTRACTOR'S use of THE PURCHASER'S trademarks, trade names, or other insignia.
- 11.8 The foregoing shall not limit or prejudice any more extensive non-disclosure obligations that THE CONTRACTOR may have to THE PURCHASER pursuant to other non-disclosure commitments. A non-disclosure agreement separately entered into shall in particular take precedence over the provisions above set forth. In the event the contract is entered into, THE CONTRACTOR agrees to sign THE PURCHASER'S non-disclosure agreement, if it has not already done so.

12. Data Protection

- 12.1 THE CONTRACTOR agrees to comply with all applicable data protection provisions in its performance of the contract. It shall indemnify THE PURCHASER against, hold it harmless from, and procure its release from all third party claims resulting from its breach of this obligation.
- 12.2 THE CONTRACTOR is required to impose obligations analogous to these data protection provisions on all employees and third parties on whom it relies for its performance of contractual obligations and shall, upon request by THE PURCHASER, furnish proof of its compliance with this requirement.

13. English Version

Any English version of these General Terms is solely for purposes of convenience. The German version is alone authoritative and shall take precedence over the English version in the event of any contradiction or conflict. This also applies analogously to all other documents related hereto, including without limitation other applicable documents.

14. Applicable Law and Venue

- 14.1 These General Terms and the entire legal relationship between the CONTRACTING PARTIES shall be governed by the law of the Federal Republic of Germany excluding the U.N. Convention on the Sale of Goods.
- 14.2 Legal actions regarding all claims arising out of or in connection with these General Terms and the entire legal relationship between the CONTRACTING PARTIES may be brought only in a court of proper jurisdiction for the

judicial district that includes THE PURCHASER'S registered office; THE PURCHASER is, however, entitled to bring suit against THE CONTRACTOR in any other venue the law provides.

15. Place of Performance

The place of performance for all work, supplies, and services is the location of the business or business unit that is identified in the contractual provisions as being that for which the contractual performances are intended. If no such place is identified, the place of performance is THE PURCHASER'S registered office.

16. Written Form

16.1 All contracts / agreements entered into on the basis of these General Terms must be in written form (§ 126 of the German Civil Code); no oral collateral agreements exist. Amendments and additions hereto, including amendments of this clause, are invalid unless agreed in a writing personally signed by the representatives of the CONTRACTING PARTIES. The requirement of written form is satisfied by scanning the signed declaration or, in the case of a contract, the signed contract text, and transmitting this by telecommunication. Specifics regarding the scope of performance may be sent via electronic ticket system.

16.2 Declarations with legal significance and notices / notifications to be made by THE CONTRACTOR to THE PURCHASER after the time of contracting (e.g. to set a deadline, demand a performance, or exercise a contractual right) are invalid unless in written form.

17. Assignment

No assignment or delegation of contractual rights and duties by THE CONTRACTOR is valid unless done with THE PURCHASER'S prior written consent. THE PURCHASER will only refuse such consent when its legitimate interests outweigh those of THE CONTRACTOR. By way of derogation from sentence 1, an assignment of claims for the payment of money without THE PURCHASER'S consent is valid; in such cases THE PURCHASER may, however, at its discretion, discharge its liability by making payment to either THE CONTRACTOR or the third party assignee.

18. Set-off

THE PURCHASER may declare set-off, assert rights of retention (withhold performance), and raise the defense of unperformed contract in all situations in which the law permits. THE PURCHASER is in particular entitled to withhold payments due as long as its claims against THE CONTRACTOR by reason of incomplete or defective performances have not been satisfied. THE CONTRACTOR is permitted to declare set-off or withhold performance only by reason of claims against THE PURCHASER that are undisputed or the subject of a final judgment.

19. Order of Precedence of the Component Parts of the Contract

The below listed regulations and documents constitute binding and integral parts of the contract, to be applied in the following order of precedence in the event of any conflicts between them:

- THE PURCHASER'S purchase orders
- Specifics regarding the scope of performance in text form (§ 126b of the German Civil Code) or by means of electronic ticket system
- THE PURCHASER'S performance specifications
- A non-disclosure agreement entered into by the CONTRACTING PARTIES
- Gratuitous vehicle loan agreements (if any) and General Terms of Gratuitous Loan of Test Vehicles
- THE PURCHASER'S General Terms of Purchase (AEB)
- Statutory provisions

20. Reformation and Severability Clause

Should individual provisions contained herein be or become invalid or unenforceable in whole or in part, this shall not affect the validity of the remaining provisions hereof. The CONTRACTING PARTIES obligate themselves to replace any invalid provision with the valid provision that most closely approximates the economic effect they originally intended to achieve. The same shall apply in the event of a gap in the provisions hereof.

PART 2: Special Terms for the Provision of Standard Software and Hardware

21. Provision of Standard Software

- 21.1 The following terms apply to the provision of standard software, including provision by way of download. Software that is not developed or modified in accordance with THE PURCHASER'S particular requirements constitutes standard software. To the extent software other than standard software is involved, the provisions for contracts for the supply of services apply.
- 21.2 THE CONTRACTOR is required to convey non-exclusive rights of use and exploitation to THE PURCHASER. These shall be perpetual, unlimited in geographic scope and, except as otherwise provided below, unrestricted, irrevocable, and transferable. The right of use and exploitation shall include use by companies affiliated with THE PURCHASER within the meaning of § 15 AktG (German Stock Corporation Law) as well as use by service providers for purposes of contracts commissioned by THE PURCHASER or by a company affiliated with THE PURCHASER.
- 21.3 To the extent the license scope is defined in terms of a number of licenses, the number of licenses (license count) shall mean the number of users who may run the software at the same time, without regard to the number of devices on which the software is installed. The number of users shall be unlimited in the absence of an express limitation on the number of licenses or users.
- 21.4 THE PURCHASER is entitled to make backup copies and to install the software on redundant systems.
- 21.5 Unless delivery of a particular version has been agreed, THE PURCHASER may require delivery of the most recent version at the time of performance.
- 21.6 With respect to all software, THE CONTRACTOR warrants that it will operate trouble-free in all environments in regular use at the time of delivery and that all functions and features inherent in the software in question will in fact be available for use. These environments shall include the various operating systems that are supported by the manufacturer. THE CONTRACTOR warrants that web-based software will support, at the time of the passage of risk and for a period of three years thereafter, a group of browser versions that together have a market share of at least 80 % and includes all versions of Internet Explorer or Edge released in this three year period.
- 21.7 To the extent THE CONTRACTOR remedies program faults through updates and patches, it is required to provide access to these updates free of charge for a period of at least 36 months after the passage of risk. THE CONTRACTOR is not permitted to charge for fault correction even if it is bundled with new functions or features (updates).

22. Provision of Hardware

- 22.1 Where hardware is provided in connection with standard software, the software shall be installed and running / ready to run on that hardware. THE CONTRACTOR warrants that the hardware and software will interact with each other without problems.
- 22.2 Where THE CONTRACTOR cures defects by remedying / repairing them, it is required to install a replacement device free of charge on site for the duration of the repair.
- 22.3 Where defects result in system downtime, THE PURCHASER may, without prejudice to its right to claim more extensive damages, require payment of 0.09 % of the net purchase price of the affected systems per day of downtime, whereby THE CONTRACTOR is, in such event, permitted to prove that actual damages were less.

PART 3: Special Provisions for Contracts for the Supply of Services

23. Contract Performance Requirements

- 23.1 THE CONTRACTOR shall render its performance independently and on its own responsibility. In performing the contract, it shall adhere to the latest scientific and technical state of the art and in particular, in accordance with the latest scientific and technical state of the art, secure THE PURCHASER'S systems against unauthorized third party access (e.g. attacks by hackers) as well as against the transmission of unwanted data (e.g. spam).
- 23.2 THE CONTRACTOR shall perform the contract in regular technical coordination with THE PURCHASER and designate a project manager in its organization, who shall plan and supervise the assignment of personnel and the rendering of the promised performance. This project manager shall be a person with authority whom THE PURCHASER may contact with regard to all matters pertaining to the project. Declarations by THE PURCHASER to this contact person are effectively made to THE CONTRACTOR. THE PURCHASER will transmit specifics concerning the promised contractual performances solely to this person and shall refrain from giving instructions to other persons acting on THE CONTRACTOR'S behalf.
- 23.3 THE CONTRACTOR is required to check all information, documents and other materials, project-related instructions, requirements, and similar specifications received from THE PURCHASER for completeness, accuracy, consistency, and feasibility. THE CONTRACTOR shall promptly inform THE PURCHASER of any deficiencies in a written notification with statement of reasons.
- 23.4 If the contractual performances involve or consist in the creation of a promised work product, THE CONTRACTOR shall maintain clear and understandable technical documentation on contractual work at all times and, upon request, inform THE PURCHASER as to the status of the contractual work. THE CONTRACTOR shall permit THE PURCHASER, whenever the latter so requests, to inspect the work product to be delivered in its current state of completion, including all preliminary versions thereof; upon request, THE CONTRACTOR shall also submit status reports.
- 23.5 If, for purposes of contract performance, THE CONTRACTOR wishes to use THE PURCHASER'S premises or assets or other resources to be provided by THE PURCHASER, THE CONTRACTOR shall take the expenses it thereby avoids into account when preparing its quotation and separately state each of them therein. To the extent the quotation does not state a particular avoided expense, THE PURCHASER may charge a market price for the provided resource in question. THE CONTRACTOR must mark any provided workspace or rooms etc. with appropriate signs that identify THE CONTRACTOR who is using them.
- 23.6 THE CONTRACTOR may not commission or use third parties (e.g. subcontractors) to perform contract work in whole or in part without THE PURCHASER'S prior written consent. Even where such consent is given, THE CONTRACTOR shall remain responsible for performance in conformity with the contract. It shall among other things ensure that an employment relationship subject to social insurance contributions exists with respect to the persons on whom the third parties rely. Only THE CONTRACTOR is permitted to invoice any goods supplied or other performances rendered by third parties. THE CONTRACTOR shall not be entitled to prohibit third parties from contracting directly with THE PURCHASER.

24. Personnel of THE CONTRACTOR

- 24.1 The personnel to be used by THE CONTRACTOR are subject only to THE CONTRACTOR'S right of employee direction and control. THE CONTRACTOR shall take appropriate action to ensure that all rights of direction and control are exercised solely by it and that, even to the extent work is performed on THE PURCHASER'S premises, no employment relationship arises between its personnel and THE PURCHASER.
- 24.2 THE CONTRACTOR shall ensure that an employment relationship subject to social insurance contributions exists between itself and all individuals whom it uses.
- 24.3 THE CONTRACTOR shall further ensure that personnel it uses on THE PURCHASER'S premises to perform the contract are visually identifiable as the personnel of an outside firm and unmistakably recognizable as such at all times by third parties not involved in the contract. This includes without limitation wearing ID badges in a readily visible manner.

24.4 Should any individual used or to be used by THE CONTRACTOR to perform the contract be replaced by another person who requires a period of training or familiarization, THE CONTRACTOR shall bear the concomitant cost. THE CONTRACTOR shall select personnel with due regard to THE PURCHASER'S interests. If THE PURCHASER so requests, stating its reasons, THE CONTRACTOR is required to replace any individual assigned to the contract who has repeatedly breached contractual duties. The costs resulting from such replacements shall be borne by THE CONTRACTOR.

25. Requirements Regarding Software and IT Security

25.1 When delivered to THE PURCHASER, software shall always be accompanied by user documentation and, in the case of all software except standard software, by the source code and programming documentation as well.

25.2 Unless otherwise agreed between THE PURCHASER and THE CONTRACTOR, THE CONTRACTOR shall install the software and train THE PURCHASER'S personnel in the use thereof. If so requested by THE PURCHASER, THE CONTRACTOR shall furnish a quotation for support services on standard market terms.

25.3 Access to THE PURCHASER'S systems by means of remote data transmission (RDT) is permissible only with the express written consent of THE PURCHASER, as the case may be. THE CONTRACTOR is in this connection obliged to comply with the applicable security guidelines and concepts. THE CONTRACTOR shall give its personnel and any subcontractors or other third parties permissibly used to perform the contract written instructions regarding the content thereof prior to accessing THE PURCHASER'S systems.

25.4 Using a state-of-the-art virus detection program, THE CONTRACTOR shall scan all software and data media that it receives from or provides to THE PURCHASER for malware (software programmed to do damage), computer viruses, worms, or similar malicious software and shall ensure that no such software is present.

26. Furnished Items

26.1 The following provisions apply to the extent THE PURCHASER furnishes items to THE CONTRACTOR in the context of the contractual relationship. The following constitute "items" for purposes hereof:

- documents, especially drawings, images, plans, concepts, performance specifications, samples, designs, models, descriptions, computations, and other documents;
- intangible assets, fabrics, and materials (e.g. software, know-how, finished and semi-finished products);
- motor vehicles, tools, jigs, templates, molds, dies, samples, designs, models, hardware;
- other items or work equipment furnished by THE PURCHASER to THE CONTRACTOR for its performance of the contract, whether as provided resources or in another manner.

26.2 With respect to items, THE PURCHASER grants rights of use and possession to THE CONTRACTOR only to the extent absolutely necessary for contract performance and reserves all other rights to itself. THE CONTRACTOR may not make items available to third parties without THE PURCHASER'S express written consent.

26.3 Unless and until they are processed or manufactured, THE CONTRACTOR shall at its own expense store items separately and insure them to the normal extent against damage and loss.

26.4 THE CONTRACTOR shall return items to THE PURCHASER when they are no longer needed for performance of the contract or, where the items' nature precludes this, delete or destroy them in consultation with THE PURCHASER. The preceding also applies to any copies or reproductions made by THE CONTRACTOR except to the extent their retention is mandated by law.

27. Definitions of Work Product and Intellectual Property Rights

27.1 The term "work product" means all results arising or exploited in connection with the performance of the contractual work, including without limitation inventions, suggestions for technical improvements, reports on tests, experiments, and development work, ideas, drafts, measurements, databases, photographs, configurations, computer programs including source code, know-how, samples, designs, and models as well as all other individual intellectual works and achievements.

27.2 The term "intellectual property rights" or "IP rights" refers to all industrial property rights and copyrights, including without limitation patents, registered designs, utility models, rights to names, trademarks, and service marks, rights of use and exploitation under copyright law, and copyright-related rights.

28. Work Products and IP Rights

28.1 THE CONTRACTOR shall notify THE PURCHASER of all work products as they arise, provide it with all documentation and materials necessary to their evaluation, and furnish any information THE PURCHASER may request.

28.2 THE PURCHASER shall in general have sole entitlement to all work products that arise. THE CONTRACTOR warrants and guarantees THE PURCHASER sole entitlement to work products created by THE CONTRACTOR'S sub-contractors or performance assistants as well.

28.3 By entering into the contract, THE CONTRACTOR transfers to THE PURCHASER all IP rights that have arisen or later arise with respect to work products. To the extent the law does not permit their transfer, THE CONTRACTOR transfers free of charge the irrevocable, exclusive, perpetual, sub-licensable, and transferable right of use and exploitation with regard to work products without restriction as to geographic and material scope. This includes the right to modify, use, and exploit the work products as well as the right to provide the work products to third parties either gratuitously or for consideration for use, modification, further transfer, and/or sublicensing. The rights of use and exploitation include all forms of exploitation presently known or later arising, including without limitation copying, distribution, exhibition, public presentation and demonstration, as well as availability, modification, re-configuration, and broadcast and reproduction via all types of media.

28.4 THE CONTRACTOR shall remain the holder of inventions and the associated IP rights that were present in its organization prior to commencement of the contractual work ("Background IP"), provided it notifies THE PURCHASER of these in writing prior to commencing contractual work and establishes that they qualify under this clause. With respect to such Background IP, THE CONTRACTOR grants THE PURCHASER as of the time of contracting free of charge (except for payment of the fixed price) a non-exclusive, perpetual, irrevocable, sub-licensable, and transferable right of use and exploitation without restriction as to geographic or material scope. The right of use and exploitation includes use by Group member companies and their customers. Where a production vendor part is being developed, THE CONTRACTOR shall submit the first sample parts. IP rights that exist or have arisen and are not claimed as Background IP shall be transferred to THE PURCHASER under the preceding paragraph.

28.5 Should THE CONTRACTOR have entered into a separate written contractual agreement with THE PURCHASER that varies the provisions above set forth on the transfer of IP rights, THE CONTRACTOR shall, in addition to the documents agreed in the purchase order, also provide neutralized RFQ documents (such as 2D CAD drawing information, 3D CAD models, source code or object code). With effect from the time of contracting, THE CONTRACTOR grants THE PURCHASER free of charge the exclusive, perpetual, irrevocable, sub-licensable, and transferable right, without restrictions as to geographical or material scope, to use and exploit these neutralized documents by distributing, reproducing, and editing them, especially for purposes of soliciting tenders from third parties.

28.6 By entering into the contract, THE CONTRACTOR transfers to THE PURCHASER the rights in and to all inventions, samples, designs, and models arising within THE CONTRACTOR'S organization in the course of contractual performance. To this end, THE CONTRACTOR agrees to assert rights to the inventions of its employees under the German Employee Invention Law or other applicable statutory or contractual law. No additional cost to THE PURCHASER shall arise as a result of such transfer. All costs are instead included in the remuneration stipulated in the purchase order. THE PURCHASER hereby accepts transfer of the transferred inventions, samples, designs, and models. THE PURCHASER shall alone have the right to register intellectual property rights, to assign this right to a third party, or to authorize third parties to exercise this right on its behalf. Should THE CONTRACTOR so request, THE PURCHASER will inform THE CONTRACTOR in writing if it waives its right to apply for IP protection in a specific case. Should THE PURCHASER waive the right, THE CONTRACTOR is entitled to apply for the intellectual property right in question at its own expense. With respect to such intellectual property rights, THE PURCHASER and all companies affiliated within the meaning of § 15 AktG (German Stock Corporation Law) shall enjoy free of charge a non-exclusive, perpetual, irrevocable, and transferable right of use and exploitation without restrictions as to geographic or material scope.

29. Utilization of Free Software

- 29.1 THE CONTRACTOR is required to declare to THE PURCHASER whether or not the work product that it is obligated to provide contains Free Software (Open Source Software, Freeware and/or Public Domain Software as well as single components or parts thereof).
- 29.2 Should THE CONTRACTOR use or intend to use Free Software in the work product that it is obligated to provide, such use is in general only permissible where THE CONTRACTOR has notified THE PURCHASER accordingly prior to the commencement of development work in accordance with the stipulations of the "Regulations regarding the employment of Free Software" (other applicable document).
- 29.3 THE PURCHASER is not required to consent to THE CONTRACTOR'S utilization of Free Software in the work product that it is obligated to provide. THE CONTRACTOR'S notification of THE PURCHASER does not cause THE PURCHASER to consent to THE CONTRACTOR'S use of Free Software. THE PURCHASER may reject the utilization of Free Software in particular to avoid safety, security, or legal risks.
- 29.4 The provisions that follow, in particular the obligation to indemnify, hold harmless, and release, supplement those of this section.

30. Third Party Intellectual Property Rights

- 30.1 THE CONTRACTOR shall ensure that the contractual work it performs and the work products it delivers do not infringe third party rights, including in particular third party IP rights. To the extent THE CONTRACTOR is not the sole owner of exclusive rights of use and exploitation, it shall demonstrate to THE PURCHASER'S satisfaction that the rights of use and exploitation necessary for the contractual purpose were conveyed to it and that the work products are free from all third party rights that could restrict their use and enjoyment. Use and enjoyment is restricted whenever it is subject to conditions.
- 30.2 THE CONTRACTOR undertakes to notify THE PURCHASER immediately if THE CONTRACTOR realizes or should realize that THE PURCHASER may infringe the IP rights of third parties. THE CONTRACTOR shall then be obligated to take all reasonable action to cure the resulting defect by acquiring, at its own expense, the rights needed in order for its performance to conform to the contract. If unable to acquire the necessary rights, THE CONTRACTOR shall at its own expense provide THE PURCHASER with deliverables and other contractual performances that are of equal value to THE PURCHASER but avoid infringing third party rights. A solution is only of equal value if the agreed utility of the deliverables and other contractual performances is undiminished or diminished only to an insignificant extent. To the extent THE CONTRACTOR does not promptly procure the license rights necessary for conforming use, THE PURCHASER is entitled to acquire the necessary rights at THE CONTRACTOR'S expense or at its discretion take other action to itself cure the defect. THE CONTRACTOR shall upon request provide THE PURCHASER with the rights and documents (e.g. source codes, documentation) that are necessary for this purpose.
- 30.3 THE CONTRACTOR shall indemnify THE PURCHASER against, hold it harmless from, and procure its release from all claims asserted by third parties by reason of an infringement of intellectual property rights or license provisions alleged to result from the use of deliverables and other contractual performances. THE CONTRACTOR is obliged to reimburse THE PURCHASER for all necessary expenses in connection with such claims. THE PURCHASER agrees to notify THE CONTRACTOR promptly in the event such a situation arises. THE PURCHASER may at its discretion itself assume control of the defense or settlement negotiations or it may require THE CONTRACTOR to do so. In accordance with the foregoing, THE PURCHASER shall in all events bear the costs of the legal defense. If THE PURCHASER itself assumes control of the defense, THE CONTRACTOR is required to provide all necessary information and materials to THE PURCHASER. If THE CONTRACTOR is responsible for the defense, it shall in all events ensure that THE PURCHASER'S contractually agreed enjoyment of its rights of use and exploitation is not diminished by the assertion of claims for infringement of rights. These rights and claims of THE PURCHASER are in no way contingent on fault on THE CONTRACTOR'S part. Should THE CONTRACTOR refuse to participate in the defense on the grounds that no infringement of rights has taken place, it shall be estopped from later raising, in its own defense, mistakes allegedly made by THE PURCHASER in the conduct of the matter.

31. Change Requests

- 31.1 A change request is an amendment or addition to an existing contract that exceeds the limits of any option, choice or election THE PURCHASER may have under that contract.

- 31.2 THE CONTRACTOR is permitted to reject changes requested by THE PURCHASER only for important cause. An important cause for refusal exists in particular where THE CONTRACTOR states convincing reasons for its belief that performance is not feasible or that the resources necessary to implement the change are not available to THE CONTRACTOR and also cannot be made available to it.
- 31.3 THE CONTRACTOR agrees to evaluate the changes requested by THE PURCHASER with respect to their impact on costs, capital investment, and deadlines immediately after being notified of a requested change and to promptly submit a proposal for implementing such changes that adheres to the existing time schedule as far as possible. This proposal must be verifiable with regard to costs to the same degree as the original quotation.
- 31.4 THE CONTRACTOR is entitled to additional remuneration only if a quotation specifically quantified as to costs and time required was received in text form before the requested changes were commissioned and THE PURCHASER has accepted this quotation. The quotation must also state whether and, if so, how the acceptance of the change request would impact other parts of the contract, in particular the agreed deadlines.
- 31.5 If the CONTRACTING PARTIES agree to content changes in the performance of the project without THE PURCHASER having received and accepted a quotation of the sort described, no change request within the meaning of this section is involved and THE CONTRACTOR is entitled to no additional remuneration.

32. Acceptance

- 32.1 THE CONTRACTOR'S work products must be provided in a form suitable for inspection and testing. If this requirement is not met, acceptance is impossible and for this reason neither the statute of limitations nor other claim-limiting time periods begin to run. If the work product is embodied in datasets, THE CONTRACTOR must permit examination of the underlying code to the extent necessary to verify performance of the contract in conformity with its terms. THE CONTRACTOR is required to submit documentation on its own tests and test results to THE PURCHASER together with the software.
- 32.2 THE CONTRACTOR shall give notice of the date on which all contract work will be complete and ready for acceptance inspection at least ten working days in advance thereof. The acceptance procedure shall then be as follows:
- Unless otherwise agreed, the work products delivered to THE PURCHASER in a form suitable for inspection and testing shall be tested by it within a reasonable period considering the nature of the project, not to exceed 30 days from the date of receipt. Where appropriate, this shall include a functional test extending over several working days under (simulated) operating conditions.
 - If THE PURCHASER so requests, THE CONTRACTOR shall without separate remuneration provide trained personnel for the necessary acceptance testing. A written record shall be made of any defects noted during the acceptance testing.
 - The declaration of acceptance must be signed by THE CONTRACTOR'S project manager as well as by THE PURCHASER'S appropriate supervisor in accordance with the signature authority rules from time to time in effect.
 - If THE PURCHASER refuses to declare acceptance because of one or more defects, THE CONTRACTOR shall remedy the defect(s) without delay and re-submit its work product for acceptance inspection. The above provisions apply mutatis mutandis with regard to such resubmission.
- 32.3 THE CONTRACTOR shall submit no invoice for its contractual performance until THE PURCHASER'S acceptance thereof and no invoice for a partial performance until THE PURCHASER'S release thereof. THE PURCHASER shall, however, make no partial payments except as expressly agreed in writing.
- 32.4 No payment or partial payment shall be made until after submission of a statement of work performed. No statement of work performed shall be submitted until after the agreed performance or partial performance has been completely rendered. A statement of work performed must include at least the following information:
- Work status / project status,
 - Milestones reached to date / partial results, agreements as to the further course of action
 - Signature on behalf of THE CONTRACTOR,

- Signature on behalf of THE PURCHASER'S department in charge (work requester).

- 32.5 Should remuneration based on time worked have been agreed, THE CONTRACTOR shall document its work in time records and submit these to THE PURCHASER on a weekly basis for countersignature.
- 32.6 Should THE PURCHASER by way of exception have consented to declare acceptance for partial performances, this shall not preclude THE PURCHASER from invoking rights based on defects in partial performances that have already been accepted where these defects only manifest themselves through the subsequent interaction of system parts.

33. Supplemental Terms for Hardware and/or Software Maintenance

- 33.1 Where a contract requires the maintenance of technical facilities or software, THE CONTRACTOR'S contractually promised work product shall be deemed to be uninterrupted, complete, trouble-free availability and usability for the intended purpose. If later software versions, builds, etc. are developed, THE CONTRACTOR is required to furnish the corresponding updates and upgrades to THE PURCHASER.
- 33.2 THE CONTRACTOR shall take all necessary precautions to prevent malfunctions of the facilities to which the contract relates. To this end, THE CONTRACTOR must also consider potential changes in the environment, such as software updates and patches to other standard software. The parties are deemed to have agreed on availability of 99.95% on a weekly basis as well as a response time of one hour during normal office working hours and four hours at all other times.
- 33.3 To the extent uninterrupted operation requires cooperation that THE PURCHASER is obliged to provide, THE CONTRACTOR shall give it written notice to this effect far enough in advance that the contractual objectives are not jeopardized.
- 33.4 To the extent THE PURCHASER receives software components from THE CONTRACTOR in connection with software updating or upgrading, THE PURCHASER shall have the normal warranty rights under these General Terms.

